



GÖD

INTERVIEW

„Demokratie ist verletzlich“, EWSA-Präsident Oliver Röpke über Europa

IMAS-STUDIE

Öffentlicher Dienst im Stimmungsbild – was die Menschen bewegt

AKTUELL

Informationsfreiheitsgesetz – die Eckpunkte



Kräfte im Verborgenen

Unverzichtbar im Hintergrund: Das Allgemeine Universitätspersonal ermöglicht Forschung und Lehre

**Wir sind
nicht alt,**

sondern ein zeitloser Klassiker.
130 Jahre ÖBV.

Interessante Zeiten



Eckehard Quin
ist Vorsitzender
der Gewerkschaft
Öffentlicher Dienst

DER DEUTSCHE PHILOSOPH HEGEL schrieb in der Einleitung seiner „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“: „Die Weltgeschichte ist nicht der Boden des Glücks. Die Perioden des Glücks sind leere Blätter in ihr; denn sie sind die Perioden der Zusammenstimmung, des fehlenden Gegensatzes.“ Leere Blätter der Weltgeschichte scheinen derzeit leider beschrieben zu werden.

DIE CORONA-PANDEMIE, ein nach wie vor tobender Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, ein Terrorangriff der Hamas auf Israel und die folgende Zerstörung des Gazastreifens, ein US-Präsident, der – im In- und im Ausland – die Grenzen seiner Macht austestet und die USA in Richtung Autokratie führt. Das alles verursacht nicht „nur“ Leid, sondern auch massive wirtschaftliche Probleme. „Mögest du in interessanten Zeiten leben!“, wird derzeit wohl zu Recht als Fluch bezeichnet.

ÖSTERREICH PLANT 2025 bis 2028 in Summe Einsparungen von 41,6 Milliarden Euro, um das Budgetdefizit von 4,7 % 2024 auf unter 3 % 2028 zu drücken. Unter so großen Zahlen kann sich wohl kaum jemand etwas vorstellen. Zur Veranschaulichung zwei Beispiele:

- 1 Million Sekunden entsprechen 11,6 Tagen, 1 Milliarde Sekunden 31,7 Jahren.
- Österreich hat rund 9,2 Millionen Einwohner:innen. Durchschnittlich müssen pro Kopf über 4.500 Euro eingespart werden, um auf die oben genannte Summe zu kommen.

Viele Kolleg:innen merken bereits die Einsparungen in ihren Ressorts.

DIE NÄCHSTEN JAHRE WERDEN FÜR ÖSTERREICH HARTE ZEITEN WERDEN.

In harten Zeiten ist Solidarität ein ganz besonders hoher Wert. Gemeinsam werden wir die Herausforderungen meistern, und je stärker wir als Gewerkschaft sind, umso eher wird es uns gelingen, übermäßige Belastungen der Kolleg:innen im Öffentlichen Dienst zu verhindern. Einen fairen Beitrag zur Budgetkonsolidierung werden wir sicher leisten, einen übermäßigen ebenso sicher nicht, denn wir sind nicht die Sparkasse der Republik, auf die man nach Belieben zugreifen kann.

Ihr

INHALT

N° 6/25

Aus der Redaktion

Wir laden Sie ein, in dieser Ausgabe von „GÖD aktuell“ mit uns hinter die Kulissen zu blicken: Rund 21.000 Mitarbeiter:innen des Allgemeinen Universitätspersonals sorgen dafür, dass Österreichs Universitäten funktionieren – vom Labor bis zur Bibliothek, meist unsichtbar und doch unverzichtbar. Wir richten den Blick nach Brüssel, wo EWSA-Präsident Oliver Röpké im Interview darüber spricht, wie verletzlich Demokratie ist und Resümee über seine Präsidentschaft zieht. Und wir stellen die aktuelle IMAS-Studie vor: Sie zeigt eindrucksvoll, wie sehr die Bevölkerung den Öffentlichen Dienst schätzt – als starkes Fundament unseres Zusammenlebens. Entdecken Sie diese und viele weitere Themen in dieser Ausgabe – wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Herzlichst, Ihre Redaktion



Follow us!

IMPRESSUM „GÖD – Der Öffentliche Dienst aktuell“ ist das Mitglieder magazin der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und erscheint im 78. Jahrgang. Herausgeber: **Gewerkschaft Öffentlicher Dienst**, Mag. Dr. Eckehard Quin. Medieninhaber: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH, A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredakteur: Otto Aiglsperger, A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel.: 01/534 54, Internet: goed.at, E-Mail: print@goed.at
Konzeption, Redaktion und Grafik: **Modern Times Media VerlagsgmbH**, A-1030 Wien, Lagergasse 6. Chefin vom Dienst: Mag.ª Laura Ari, Art-Direktion: Dieter Dalinger. Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wiener Straße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Autorin bzw. des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der GÖD decken muss. Das GÖD-Magazin ist Teil der APA DeFacto-Medien- und Fachdatenbank. Die Artikel sind digital im APA Medienarchiv mit derzeit mehr als 900 Medien und rund 140 Millionen Dokumenten für Journalist:innen, Manager:innen, Politiker:innen und Expert:innen abrufbar.



HINWEIS: Wir verwenden eine möglichst einheitliche gendergerechte Schreibweise – mit Doppelpunkt.

HAT SICH NAME ODER ADRESSE

GEÄNDERT? Auf der GÖD-Website goed.at im Mitgliederbereich bitte unter „Daten ändern“ die zu ändernden Daten bekannt geben. Gerne nimmt auch die GÖD-Mitgliederverwaltung die Änderungen vor. Bitte entweder telefonisch unter 01/534 54 DW 139 oder per E-Mail an: mitgliederverwaltung@goed.at



Titelgeschichte Vom unsichtbaren Fundament der Universitäten

21.000 Unentbehrliche an Österreichs Universitäten.
Wie das Allgemeine Universitätspersonal Forschung und Lehre möglich macht.



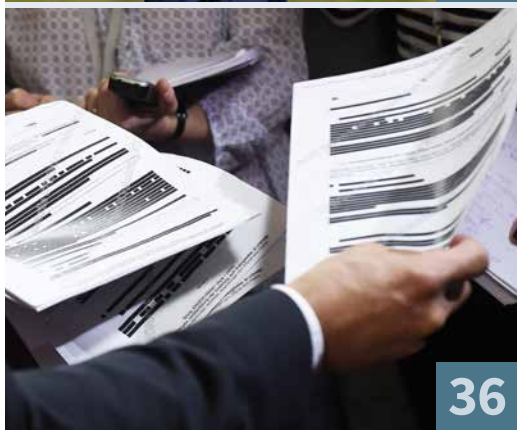
20



24



32



36

16 EUROPA

Drei Gruppen, ein Ziel

Die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) bestehen aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und zivilgesellschaftlichen Organisationen aller Mitgliedstaaten der EU. Gemeinsam beraten sie über Gesetzesvorschläge der Europäischen Union.

20 INTERVIEW

„Demokratie ist verletzlich“

Oliver Röpké, Präsident des EWSA, spricht über die Stärkung der Demokratie und über Initiativen, die zeigen, dass Europa kein abgeschlossenes Projekt, sondern ein Prozess ist.

24 FERIEAKTION

Worthvolle Auszeit

Die beliebte GÖD-Ferienaktion ermöglicht es zahlreichen Familien, sich in barrierefreier Umgebung zu erholen, auszutauschen und neue Kraft zu schöpfen.

28 IMAS-STUDIE

Wie sieht Österreich den Öffentlichen Dienst?

Das Meinungsforschungsinstitut IMAS erhob im Juni die Stimmung der Bevölkerung zum Öffentlichen Dienst sowie zu zentralen Fragen rund um das Staatswesen.

32 JUNGE GÖD

Sport, Spaß und jede Menge Action

Beim GÖD-Actioncamp in der Sportsarea Grimming genossen die Kids Sommer, Sport und beste Stimmung!

36 AKTUELL

Neues Informationsfreiheitsgesetz

Neue Regeln für den Verwaltungsalltag – die wesentlichen Eckpunkte des Informationsfreiheitsgesetzes.

38 ARBEITSUNFALL

Helmpflicht bei E-Bikes?

Der Oberste Gerichtshof hat erstmals entschieden, welche rechtlichen Folgen es hat, wenn bei einem Unfall mit einem E-Bike kein Helm getragen wurde.

40 BETRIEBSVERFASSUNGSRECHT

Spezialfall Sozialplan

Mitwirkung bei Betriebsänderungen: Ein Sozialplan soll negative Folgen für betroffene Arbeitnehmer abfedern.

STANDARDS

6 ÜBERBLICKT

15 NACH VORNE GEDACHT

23 STARK WEIBLICH

33 SOCIAL MEDIA

34 GÖD-VORTEILE

35 BVAEB

42 PENSPOWER

46 HOTELS

48 PANORAMA

51 DIE LETZTE SEITE



Inflation belastet Österreicher:innen

Teuerung. Mit 4,1 Prozent liegt die Inflation im August in Österreich deutlich über dem EU-Schnitt (2,1 Prozent). Treiber der steigenden Kosten bleiben unter anderem die hohen Preise für Energie, Dienstleistungen und Lebensmittel. Um den finanziellen Belastungen entgegenzuwirken, hat die Regierung bei einer

aktuellen Klausur zahlreiche Maßnahmen gegen die Teuerung beschlossen: Strom und Gas sollen ins Preisgesetz aufgenommen und Netzgesellschaften verschlankt werden, um Energie für Haushalte und Betriebe leistbarer zu machen. Gleichzeitig setzt die Regierung auf eine Milliarde Euro an Investitionen sowie auf verein-

fachte Genehmigungsverfahren, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Konjunktur anzuschieben. Ergänzt wird dies durch ein Mietpaket, die Kindergrundsicherung, eine Reform der Sozialhilfe und einen Gesundheitsreformfonds, während eine Allianz mit dem Lebensmittelhandel faire Preise sichern soll.

Erhöhung des **Fahrtkostenzuschusses**

Good GÖD-News. Mit Anfang August hat sich der Fahrtkostenzuschuss im Rahmen der Pendlerpauschale noch einmal erhöht. Damit profitieren die Beschäftigten einmal mehr von einer wichtigen Verbesserung, welche die GÖD bereits im Zuge der 2. Dienstrechts-Novelle 2007 erreichen konnte: Seither werden die Beträge des Fahrtkostenzuschusses automatisch valorisiert, also an

die Teuerungsrate angepasst. Diese Regelung greift aktuell bereits zum neunten Mal und zeigt einmal mehr: Kontinuierliche Verbesserungen bringen konkrete Vorteile für die Beschäftigten – im Alltag und direkt im Geldbörse.

Die Beträge und Voraussetzungen können Sie auf goed.at/aktuelles/news/goed-info-erhoehung-des-fahrtkostenzuschusses-2025 nachlesen.



ÖAW wirbt **Forscher zu KI** aus den USA an

Wissenschaft. Die Sparmaßnahmen in der US-Forschungslandschaft unter Präsident Donald Trump eröffnen anderen Ländern neue Chancen: Viele Staaten bemühen sich, gut ausgebildete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA anzuwerben. In Wien hat mit Wali Malik nun ein erster Forscher, der aus politischen Gründen an eine österreichische Universität übersiedelt ist, seine Arbeit begonnen. Am Institut für künstliche Intelligenz in der Biomedizin „Aithyra“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) wird er ein Robotik-Labor aufbauen.

Kontrolle zahlt sich aus

Steuerprüfungen. Eine US-Studie belegt: Jeder Dollar, den die Finanzverwaltung in Steuerprüfungen investiert, bringt dem Staat im Schnitt wieder 2,17 Dollar ein. Der Effekt entsteht nicht nur durch unmittelbare Nachzahlungen, sondern auch durch eine langfristig bessere Steuermoral: Wer einmal kontrolliert wurde, verhält sich noch rund 14 Jahre danach regeltreuer. Die Forscher kommen in ihrem Aufsatz *A Welfare Analysis of Tax Audits Across the Income Distribution* zu dem

Schluss, dass verstärkte Prüfungen volkswirtschaftlich effizienter sein können als Steuererhöhungen – ein Ansatz, den auch Österreich für sich nutzen könnte.

ZAHL des Monats

4,1 Mio.

Jede zweite Österreicherin und jeder zweite Österreicher verwendet bereits die ID Austria als digitalen Schlüssel zu Verwaltung und Wirtschaft. Der meistgenutzte Service ist dabei FinanzOnline. Ziel der Regierung ist, bis 2030 alle rund neun Millionen Menschen mit einer digitalen Identität auszustatten.



Danke an unsere **805.000** regelmäßigen „GÖD aktuell“-Leserinnen und Leser.¹

¹ Quelle: GfK Austria – CAWI-Print 2025, Reichweiten-Analyse



Reform mit vielen Köpfen

Bundesstaatsanwaltschaft. Seit Jahren wird darüber diskutiert, nun kommt die Reform der Bundesstaatsanwaltschaft wieder in Bewegung: Anstelle der Justizministerin soll künftig ein dreiköpfiges Gremium die Führung der Behörde übernehmen. Dessen Mitglieder werden für sechs Jahre bestellt und wechseln sich im Vorsitz alle zwei Jahre ab. Die Eckpunkte für den entsprechenden Gesetzesentwurf wurden über den Sommer festgelegt, im Herbst soll er in Begutachtung gehen. Ein Kritikpunkt der zuständigen Bundesvertretung Richter:innen und Staatsanwält:innen der GÖD an den Plänen ist die Sorge, dass diese Umorganisation den politischen Einfluss nicht verringern, sondern sogar verstärken könnte. Vorsitzender Dr. Martin Ulrich mahnt zur Vorsicht: „Statt einer Politikerin stehen künftig drei von der Politik gewählte Personen an der Spitze der Weisungskette“, so Ulrich gegenüber dem *Kurier*. „Wenn das neue System schlechter wird als das jetzige, dann lassen wir’s lieber.“



Peter Kassis ist einer von 40 Mitarbeiter:innen am Institut für Anatomie der MedUni Wien. Als Prosekturassistent ist er eines von vielen Beispielen für die Vielseitigkeit des Allgemeinen Universitätspersonals.

Starke Kräfte hinter den Kulissen

21.000 Unentbehrliche an Österreichs Universitäten. Wie das Allgemeine Universitätspersonal Forschung und Lehre möglich macht.

Von CARINA WURZ

Ob im Sektionssaal, am Labortisch, im Verwaltungsbüro oder zwischen Bücherregalen: Das Allgemeine Universitätspersonal hält den Universitätsbetrieb am Laufen – oft unbemerkt, aber unverzichtbar.

Ohne sie gäbe es keine Studienanmeldungen, keine Laborauswertungen, keine medizinischen Präparate für den Unterricht und keinen Zugang zu wissenschaftlicher Literatur – und damit auch keinen funktionierenden Universitätsalltag. Das Allgemeine Universitätspersonal an Österreichs 22 öffentlichen Hochschulen umfasst rund 21.000 Menschen, die tagtäglich dafür sorgen, dass in Forschung und Lehre Höchstleistungen möglich sind. Ihre Aufgaben reichen von der Verwaltung über technische Dienste bis hin zu oft kaum bekannten, aber unverzichtbaren Tätigkeiten im Hintergrund. Ansprechpartnerin für die Anliegen aller Kolleg:innen des Allgemeinen Universitätspersonals in ganz Österreich ist seit mehr als 15 Jahren Gabriele Waidringer, die seit 2009 der Bundesvertretung 16 in der GÖD vorsteht.

Wir sind das Fundament

„Wir sind mit unseren vielfältigen Aufgaben das Fundament, auf dem Spitzenleistungen in Lehre und Forschung stattfinden können“, sagt Gabriele Waidringer. Sie kennt die Abläufe seit fast vier Jahrzehnten: Seit 1986 arbeitet sie im Verwaltungsbereich der Med-Uni Wien und ist seit über 20 Jahren als Betriebsratsvorsitzende mit den Herausforderungen des Universitätsbetriebs bestens vertraut. Für sie steht fest: „Ohne das Allgemeine Universitätspersonal würden die Universitäten schlicht nicht funktionieren.“ Mit dieser Überzeugung setzt sie sich Tag für Tag dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen ihrer Kolleg:innen stimmen – und das an allen öffentlichen Universitäten Österreichs. Denn auch wenn es keinen gemeinsamen Zen-

Wen die BV 16 vertritt

Neben dem Allgemeinen Personal der 22 Universitäten vertritt die BV 16 auch die Mitarbeiter:innen des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung – Bereich Wissenschaft und Forschung und dessen nachgeordnete Dienststellen sowie die GeoSphere Austria.

- BMFWF – Bereich Wissenschaft und Forschung
- Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
- Psychologische Studierendenberatung
- Studienbeihilfenbehörde und Stipendienstellen
- Unisport Austria
- GeoSphere Austria (GSA)
- Österreichische Akademie der Wissenschaften
- Österreichischer Bibliothekenverbund
- Forschungs-, Wissenschafts-, Innovations- und Technologierat (FWIT-Rat)
- Österreichisches Archäologisches Institut (Forschungseinrichtung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften)
- Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung

tralbetriebsrat gibt, stimmen sich die Betriebsräte bei vielen Themen ab. Über die gewerkschaftliche Vertretung in der BV 16 sind die Unis zudem eng verbunden. „Wir sind auf Ebene der Gewerkschaft in einem guten Austausch zwischen allen Universitäten in Österreich und gehen viele Themen gemeinsam an – auch wenn unsere Ausgangslagen oft ganz unterschiedlich sind“, erzählt Waidringer. Zweimal im Jahr findet dazu eine gemeinsame Sitzung bzw. Schulung statt.

„Jede Universität ist ein eigener Betrieb“

Die 22 Universitäten Österreichs sind so unterschiedlich wie ihre Geschichte: Von der Universität Wien mit ihren 92.000 Studierenden bis zur Akademie der bildenden Künste mit rund 1.400 Studierenden lassen sich die Einrichtungen kaum miteinander vergleichen. Auch fachlich und organisatorisch unterscheiden sie sich deutlich: vom traditionsreichen Mozarteum Salzburg über die Veterinärmedizinische Universität bis zur technisch spezialisierten Montanuniversität Leoben bis zur Universität für Weiterbildung Krems, die seit 2004 zu den öffentlichen Universitäten zählt. Das Spektrum der öffentlichen Universitäten ist breit gefächert, der Uni-Betrieb jeweils geprägt von der fachlichen Ausrichtung.

„Jede Universität ist ein ganz eigener Betrieb – historisch gewachsen und mit vielen individuellen Entwicklungen“, sagt Waidringer. Die Anliegen unterscheiden sich je nach Verhältnis zum Dienstgeber, budgetärer Ausstattung oder fachlicher Ausrichtung. „Wir haben österreichweit sehr unterschiedliche Einstufungen im Kollektivvertrag, was historisch gewachsen ist. Das zu vereinheitlichen, ist ein gemeinsames Ziel – dem wir uns aber nur langsam nähern.“ Grund dafür seien die engen Budgets, die zwar die bestehenden Personalkosten abbilden, aber wenig Spielraum für Verbesserungen bei den Einstufungen lassen.

Mehr Sichtbarkeit für die, die alles am Laufen halten

Ob in der Bibliothek, im Labor oder hinter den Kulissen des Hörsaals – das Allgemeine Universitätspersonal ist der unsichtbare Motor des akademischen Lebens. Ihre Arbeit sorgt dafür, dass Forschung gedeiht, Lehre gelingt und Studierende bestmöglich betreut werden. „Wir stehen selten im Rampenlicht“, sagt Gabriele Waidringer, „aber ohne uns gäbe es keine Bühne, auf der Lehre und Forschung stattfinden könnten.“

Medizinische Universität Wien:

Zentrum für Spitzenmedizin und Wissenschaft

1365 als Medizinische Fakultät der Universität Wien gegründet, zählt die heutige Medizinische Universität Wien zu den traditionsreichsten medizinischen Ausbildungs- und Forschungsstätten Europas. Mit rund 8.600 Studierenden ist sie die größte medizinische Ausbildungsstätte im deutschsprachigen Raum. Etwa 6.500 Mitarbeiter:innen – von hochspezialisierten Forscher:innen über Ärzt:innen bis hin zu unverzichtbaren Kolleg:innen im administrativen und technischen Bereich – machen sie zur zweitgrößten Universität des Landes und sorgen dafür, dass Lehre, Forschung und Patientenversorgung auf höchstem Niveau stattfinden können.

Enge Verzahnung von Klinik, Forschung und Lehre

Die enge Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien (AKH) macht die MedUni Wien zu einem internationalen Zentrum für Spitzenmedizin. Jährlich werden hier hunderttausende Patient:innen versorgt, während gleichzeitig an innovativen Therapien geforscht und zukünftige Generationen von Mediziner:innen ausgebildet werden. Dieses Zusammenspiel von Patientenversorgung, Lehre und Forschung bildet das Herzstück der Universität.

Ab 2027 bündelt die MedUni Wien auf dem neuen Campus Mariannengasse ihre bisher auf verschiedenen Standorten verteilten vorklinischen Einrichtungen auf rund 35.000 Quadratmetern. Hier werden dann rund 750 Wissenschaftler:innen aus den Zentren für Physiologie und Pharmakologie, Anatomie und Zellbiologie, Pathobiochemie und Genetik, Medizinische Physik und Biomedizinische Technik sowie dem Institut für Krebsforschung gemeinsam mit etwa 2.000 Studierenden arbeiten und lernen können.

Vielfältige Berufe als Fundament der Universität

„Wir haben ein gutes Verhältnis zum Rektorat. Für unsere Anliegen finden wir stets ein offenes Ohr. Die MedUni ist in vielerlei Hinsicht eine Vorzeige-Institution. Gute Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung, damit diese Spitzenleistungen möglich sind“, erklärt Gabriele Waidringer, Betriebsratsvorsitzende und langjährige Vertreterin des Allgemeinen Universitätspersonals. Diese breite Expertise und das Engagement aller Mitarbeiter:innen ermöglichen es



Seit mehr als 20 Jahren vertritt Gabriele Waidringer das Allgemeine Universitätspersonal „ihrer“ MedUni als Betriebsrätin, seit 15 Jahren ist sie Ansprechpartnerin für alle Unis als Vorsitzende der Bundesvertretung 16.



Bibliothekarin und Betriebsratsmitglied Monika Wiesinger (li.) sorgt im Team von Bibliotheksleiterin Karin Cepicka dafür, dass Studierende umfassenden Zugang zu aktueller Fachliteratur haben.

der Medizinischen Universität Wien, ihre Spitzenstellung in Lehre, Forschung und Patientenversorgung zu halten und weiter auszubauen.

Die breite Palette an Berufen, die an der Medizinischen Universität Wien tätig sind, zeigt, wie vielseitig das Fundament dieser Institution ist. Neben technischen Bereichen und Verwaltung gehören auch Tierpflege, Gerichtsmedizin, das neue Gewaltschutzambulanz-Team, Gesundheitspersonal in Laboren, Studienkoordinator:innen und viele weitere Tätigkeiten zum vielfältigen Personal. Spezialisten mit besonderen Aufgabenprofilen haben wir für diesen Artikel begleitet: Die Biomedizinische Analytikerin Sonja Wolf im Forschungslabor der Chirurgie, die Bibliothekarin Monika Wiesinger in der Universitätsbibliothek und Prosekturassistent Peter Kassis am Institut für Anatomie.

Uni-Bibliothekarin an der MedUni Wien: Zugang zu Wissen im digitalen Zeitalter

Es ist kurz nach acht Uhr morgens, die Türen der Universitätsbibliothek der MedUni Wien öffnen sich, und schon füllen sich die ersten Leseplätze. Monika Wiesinger geht durch den hohen Lesesaal, blickt auf die langen Tische, an denen Studierende

ihre Bücher, Laptops und Notizen ausbreiten. „Vor den großen Prüfungen ist hier jeder Platz belegt“, sagt sie und deutet auf die 100 Leseplätze, ergänzt durch 200 weitere im Studierendenlesesaal. „Wir sind nicht nur Bibliothek – wir sind ein Lernort.“

Als Monika Wiesinger 1991 hier anfang, stand in der Bibliothek gerade einmal ein einziger Computer. Heute verwaltet sie gemeinsam mit ihren Kolleg:innen den Zugang zu über 7.000 Online-Abos und rund 13.000 E-Books – und das in einer Einrichtung, die zu den 23 öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken Österreichs zählt. „Unsere Hauptaufgabe ist es, aktuelle Literatur und den Zugang zu allen wichtigen Datenbanken sicherzustellen“, erklärt sie. 40 Bibliothekar:innen arbeiten an der MedUni Wien – alle mit einer fundierten Ausbildung. Wiesinger selbst hat sie noch berufsbegleitend als Kurs absolviert. Heute führt der Weg meist über einen zweisemestrigen Universitätslehrgang in Wien, Graz oder Innsbruck, mit der Möglichkeit eines anschließenden Masterstudiums. Alternativ gibt es die Lehre – etwa an der Universität Wien oder der Österreichischen Nationalbibliothek. „Die Ausbildung ist nicht nur Pflicht, sie ist auch wichtig, um in diesem Beruf bestehen zu können“, betont sie.



„Nur wenn wissenschaftliches und allgemeines Personal hier Hand in Hand arbeiten, können wir die Qualität in Lehre und Forschung auf diesem Niveau halten.“

INSTITUTSLEITER PROFESSOR WOLFGANG WENINGER

Neben dem klassischen Bibliothekswissen braucht es heute vor allem digitale Kompetenz. „Digitalisierung ist unser Hauptthema“, sagt Wiesinger. Zwar umfasst der Bestand noch immer rund 600.000 physische Medien, darunter die großen Anatomie-Atlanten, die Studierende gern in der Hand halten. Doch der Schwerpunkt hat sich verschoben: Viele Lehrbücher sind längst online abrufbar, und bei aktuellen Forschungspublikationen steht fast alles digital zur Verfügung.

Besonders aufwendig ist die Verwaltung der digitalen Zugänge zu Fachzeitschriften und Journals. „Die Kosten richten sich nach der Zahl der potenziellen Nutzer:innen – und bei einer großen Universität wie unserer kann das sehr teuer werden“, erklärt Wiesinger. Deshalb verhandeln die Universitätsbibliotheken vielerorts gemeinsam mit den Verlagen. „Wir sind gut vernetzt, nutzen gemeinsame Systeme und Kataloge. Der Bibliothekenverbund ist eine wichtige Klammer.“ Während draußen am AKH der Betrieb des größten Spitals Österreichs pulsiert, sorgt drinnen die Bibliothek dafür, dass Studierende, Forschende und Ärzt:innen jederzeit auf aktuelles Wissen zugreifen

können – ob als gedrucktes Buch oder mit einem Klick. „Es geht darum, Wissen dorthin zu bringen, wo es gebraucht wird“, sagt Wiesinger, „und das ist heute so vielfältig wie noch nie.“

Prosekturassistent am Anatomie-Institut: Präparation für die medizinische Ausbildung

Wenn Peter Kassis morgens durch die schweren Türen des Instituts für Anatomie an der Medizinischen Universität Wien tritt, beginnt sein Arbeitstag in einer Welt, die nur wenige Menschen jemals betreten. Der gelernte Tischler fand 1988 den Weg in ein völlig neues Berufsbild. „Ein Freund hat mir damals gesagt, dass hier Leute gesucht werden – nach einem Probetag wusste ich, dass es passt“, erinnert er sich. Seine Aufgabe ist nicht jedermanns Sache: Er kümmert sich um die Körperspenden, die den Studierenden in der vorklinischen Ausbildung als Übungsobjekte dienen. Sprich: Er bereitet die Leichen vor, die für die Lehre benötigt werden, und präpariert verschiedene Körperteile für den Unterricht. „Meine erste Aufgabe hier war die Leitung des Studierzimmers, in dem wir Knochen ausgegeben haben



– damals noch mit handschriftlicher Aus- und Rückgabekartei“, erzählt Kassis.

Die Ausbildung zum Prosektur- und Obduktionsassistenten absolvierte er berufsbegleitend. Anders als an Pathologien und Gerichtsmedizinischen Instituten, wo die Feststellung der Todesursache im Vordergrund steht, liegt der Schwerpunkt seiner Tätigkeit neben dem nötigen medizinischen Wissen auch zusätzlich in der handwerklichen Präzision sowie dem organisatorischen Geschick bei der Vorbereitung der Körperspenden für die Ärztliche Ausbildung. „Zuerst klären wir, ob keine Infektion besteht. Dann werden die Leichen mit einer chemischen Lösung fixiert – meist auf Formaldehydbasis – und so konserviert, dass sie über lange Zeit für die Lehre genutzt werden können“, erklärt er.

Man müsse sich an den Anblick gewöhnen, räumt Kassis ein. „Fast alle Personen, die sich der Wissenschaft zur Verfügung stellen, sterben an einer natürlichen Todesursache – das macht es leichter.“ Dennoch gibt es Momente, die berühren. „Gerade wenn es ehemalige Kollegen oder Kolleginnen oder Lehrende sind, wird man sich der eigenen Endlichkeit bewusst. Das gibt einem zu denken, aber man lernt, damit umzugehen.“

Ein gutes Arbeitsklima ist für ihn entscheidend. Am Institut arbeiten rund 40 Menschen – knapp die Hälfte davon im Allgemeinen Universitätspersonal, darunter Prosekturassistent:innen, Verwaltungsmitarbeiter:innen, Techniker:innen und Assistent:innen. „Hier funktioniert die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichem und allgemeinem Personal wirklich gut“, betont er.

Das bestätigt Institutsleiter Professor Wolfgang Weninger: „Die Vorklinik ist ein wesentlicher Teil des Medizinstudiums“, sagt er. „Nur wenn wissenschaftliches und allgemeines Personal hier Hand in Hand arbeiten, können wir die Qualität in Lehre und Forschung auf diesem Niveau halten.“ Jährlich werden am Institut rund 2.000 Studierende aus drei Jahrgängen auf ihre spätere Arbeit am Patienten vorbereitet. Neben der Lehre betreibt das Institut auch hochkarätige Forschung.

Mit dem geplanten Umzug auf den neuen Campus Mariannengasse im Jahr 2027 steht eine Zeitenwende bevor. „Ich mag das historische Gebäude sehr, und es wird mir fehlen“, gibt Peter Kassis zu. „Aber vieles ist in die Jahre gekommen, Reparaturen sind teils mühsam oder gar nicht mehr sinnvoll.“ Kürzere Wege, moderne Geräte und eine optimierte Logistik

Spitzenleistungen der 22 öffentlichen Universitäten in Österreich

Die vielfältigen öffentlichen Universitäten in sieben Bundesländern stellen den Kern der tertiären Bildung in Österreich dar – hier studieren über 75 % aller Hochschul-Studierenden.

- Insgesamt gibt es **22 öffentliche Universitäten** in Österreich.
- Sie beschäftigen etwa **21.000 Personen im Allgemeinen Universitätspersonal** und zusätzlich rund **46.500 im Wissenschaftlichen Universitätspersonal** (z. B. Lehrende, Forschende).
- Die 22 Universitäten verteilen sich auf sieben Bundesländer (im Burgenland und in Vorarlberg gibt es keine öffentliche Uni).
- Die meisten Universitätsstandorte zählt die Bundeshauptstadt Wien, gefolgt von der Steiermark.
- Die **Universität Wien** ist mit Abstand die größte Universität in Österreich – mit etwa **92.000 Studierenden** und über **10.900 Bediensteten**. Sie ist zugleich die älteste Universität Österreichs (gegründet 1365).
- Die **Akademie der bildenden Künste Wien** ist die kleinste öffentliche Universität – mit nur rund **1.400 Studierenden**.
- Die **Universität für Weiterbildung Krems** (vorm. **Donau-Universität Krems**) wurde 1994 gegründet und 2004 zur vollwertigen öffentlichen Universität erhoben. Sie ist damit die jüngste der öffentlichen Unis in Österreich.
- Außerhalb Wiens ist die **Universität Graz** (rund 31.600 Studierende) die größte Uni.
- Fachliche Schwerpunkte:
 - Es gibt in Österreich **drei Medizinische Universitäten** (Wien, Graz und Innsbruck) und **eine Medizinische Fakultät** an der Universität Linz, **zwei Technische Universitäten** (Wien, Graz), **eine Wirtschaftsuniversität** (Wien) sowie mehrere Universitäten mit Schwerpunkt auf Musik und Kunst (Wien, Linz, Salzburg, Graz).
 - Einige der Universitäten haben besondere inhaltliche Spezialisierungen, wie die **Universität für Bodenkultur Wien** oder die **Montanuniversität in Leoben**.



Sonja Wolf bringt als Biomedizinische Analytikerin ihre Erfahrung in viele Forschungsprojekte ein.

werden die Arbeit künftig erleichtern – und darauf freut sich Kassiss, der seine Berufswahl nie bereut hat, schon heute.

Biomedizinische Analytikerin im Uni-Labor: Unterstützung für Forschung und Lehre

Patient:innenversorgung, Lehre und Forschung bilden zusammen das Fundament der medizinischen Ausbildung an der Medizinischen Universität Wien – das sogenannte Triple-Track-Modell. Diese drei

Säulen befruchten sich gegenseitig: Die Forschung liefert neue Erkenntnisse, die in der Lehre weitergegeben und in der Patient:innenversorgung praktisch angewendet werden. Um diese Symbiose am Laufen zu halten, braucht es neben Ärzt:innen und Forschenden auch erfahrene Fachkräfte im Hintergrund – wie Sonja Wolf.

Seit 2001 arbeitet die Biomedizinische Analytikerin (BMA) Sonja Wolf im Labor der Chirurgie mit Schwerpunkt auf plastische Chirurgie. Das Labor zählt zwei Biomedizinische Analytiker:innen und eine Chemisch-Technische Assistentin (CTA) – eine Konstellation, die nicht an allen Standorten selbstverständlich ist. „Manche Labors sind ausschließlich mit wissenschaftlichem Personal besetzt“, erklärt Wolf. „Dabei bringt es viele Vorteile, wenn auch BMA im Team sind: Wir sorgen dafür, dass die nötige Infrastruktur vorhanden ist, Geräte funktionieren und Basisuntersuchungen zuverlässig durchgeführt werden.“ Für Wolf ist klar: Gutes Laborpersonal ist entscheidend für den Erfolg. „Die Forschungsideen kommen oft von Ärzt:innen oder Studierenden – aber für die technische Umsetzung braucht es BMA und CTA. Gemeinsam kommen wir schneller zu guten Ergebnissen.“

Ihre Arbeit reicht von der Pflege von Zellkulturen und histologischen Auswertungen über das Verfassen von Anträgen für neue Geräte bis hin zur Organisation von Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen. „Bei den Forschungsprojekten wechseln die Personen oft – da ist es hilfreich, wenn jemand da ist, der sich auskennt, weiß, wo man Informationen bekommt oder welche Geräte zur Verfügung stehen.“ Der aktuelle Forschungsschwerpunkt liegt auf Nervenregeneration und Wundheilung – ein Gebiet, in dem die Abteilung mit ihrer Expertise und ihren Erfolgen hervorsticht. „Studierende profitieren enorm davon, hier mit erfahrenen und renommierten Wissenschaftler:innen zu arbeiten“, so Sonja Wolf. Aktuell stehen in ihrem Labor Umzugskartons zwischen den Geräten – der Wechsel in das neu errichtete Anna Spiegel II-Forschungsgebäude steht noch im Herbst bevor. „Auch wenn gerade alles im Umbruch ist, müssen wir jederzeit Top-Qualität liefern“, sagt Sonja Wolf.

Und genau dafür sorgt das Allgemeine Universitätspersonal – Tag für Tag. ■

Unis wählen neue Betriebsräte

Am 19. und 20. November 2025 wählen die meisten Universitäten in Österreich im regulären Wahlrhythmus von fünf Jahren ihre Betriebsräte neu.

So läuft die Wahl ab (gedachter Zeitplan):

- Es wird jeweils ein Betriebsrat für das Allgemeine Universitätspersonal und das Wissenschaftliche Personal gewählt.
- Bei dem Wahltermin am 19. 11. und 20. 11. müssen bis zum 23. 10. die Wahlvorstände im Rahmen einer Betriebsversammlung gewählt werden.
- Am 27. 10. erfolgt die Wahlkundmachung inkl. Auflage der Wähler:innenliste.
- Wahlvorschläge können bis 5. 11. eingebracht werden.
- Bis zum 2. 1. 2026 müssen die neuen Betriebsräte konstituiert werden.

Der Öffentliche Dienst hat seine Hausaufgaben gemacht!

Die Bundesregierung sucht nach zusätzlichen Mitteln – und es mehren sich die Hinweise, dass dabei auch die Gehälter der öffentlich Bediensteten ins Visier geraten könnten. Grund genug, die tatsächlichen Ursachen der angespannten Budgetsituation genauer zu betrachten.



Otto Aiglsperger
*Leiter des Bereichs
Organisation und
Wirtschaft in der GÖD,
Chefredakteur*

Staatsschulden

Eine wesentliche Ursache für den starken Anstieg der Staatsschulden sind die überbordenden COVID-19-Hilfen. Bis zum 31. Juli 2025 wurden insgesamt 46,6 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt ausbezahlt.¹ Der Rechnungshof stellte dabei schon 2022 fest²: Gesetze wurden ohne die Expertise der Fachleute im Finanzministerium erstellt, Unternehmen erhielten Ersatz für Verluste, die nie angefallen sind, und es kam zu systematischen Mehrfachförderungen.

Inflation

Die Teuerung bleibt hoch: Laut Statistik Austria³ wird die Inflationsrate im August 2025 bei 4,1 Prozent liegen. Treiber sind vor allem Energie (5,9 %), Dienstleistungen wie Hotellerie und Gastronomie (4,7 %) sowie Nahrungsmittel (5 %). Auffällig: Lebensmittel kosten in Österreich im Schnitt über 20 Prozent mehr als im benachbarten Ausland („Österreich-Aufschlag“⁴). Gleichzeitig verzeichneten Energiekonzerne allein 2023 und 2024 Übergewinne von rund 1,9 Milliarden Euro.⁵ Mit anderen Worten: Unternehmen aus Energie, Gastronomie und Handel profitieren von den hohen Preisen – die Beschäftigten aber sollen keine angemessene Abgeltung der Teuerung erhalten.

Budgetdefizit

Das Budgetdefizit wird 2025 voraussichtlich 4,5 Prozent des BIP betragen, 2026 sollen es 4,2 Prozent sein.⁶ Ein

Blick zurück zeigt: Auch bei ähnlichen Defiziten in der „Vor-Coronazeit“ (2004: -4,9 %, 2009: -5,4 %, 2010: -4,5 %) kam es zu wirksamen Gehaltsabschlüssen für den Öffentlichen Dienst.

Vertrauen in die Sozialpartner

Die jüngste GÖD-IMAS-Umfrage verdeutlicht, wem die Menschen vertrauen: Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Wirtschaftskammer genießen hohes Vertrauen, politische Parteien hingegen nicht. Bei der Bundesregierung ist das Urteil derzeit unklar – die Bevölkerung hat sich möglicherweise noch keine abschließende Meinung gebildet.

Auf den Öffentlichen Dienst ist Verlass

Eines ist klar: Trotz Personalmangels und schwieriger Rahmenbedingungen hat der Öffentliche Dienst die Republik sicher durch die Coronakrise geführt. Er ist Garant für Stabilität und Verlässlichkeit – und hat das aktuelle Budgetschlamassel nicht verursacht. Die öffentlich Bediensteten werden das nicht ausbaden! ■

¹ bmf.gv.at/services/startseite-budget/Monatliche-Berichterstattung/covid-19.html

² rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf

³ statistik.at/fileadmin/announcement/2025/09/20250902VPIFlashEstimateAugust2025.pdf

⁴ wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wettbewerb/Warum-sind-Lebensmittel-in-Oesterreich-so-viel-teurer-.html

⁵ momentum-institut.at/publikation/landesenergieversorger-report-erneut-massive-uebergewinne/

⁶ bmf.gv.at/services/startseite-budget/Bundesbudget/budget_2025_2029.html

Rückmeldungen bitte an:
otto.aiglsperger@goed.at



Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Wie ein wenig sichtbarer, aber einflussreicher EU-Akteur politische Prozesse mitgestaltet und was das mit Gewerkschaftsarbeit zu tun hat.

Von LAURA ARI

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist eine beratende Einrichtung, die gesetzlich verpflichtend vom Europäischen Parlament, vom Rat der EU und von der Europäischen Kommission bei Gesetzesvorhaben bzw. Erlass neuer Gesetze konsultiert wird. Jährlich erarbeitet der EWSA 160 bis 190 Stellungnahmen – viele davon zu Themen, die für Arbeitnehmer:innen zentral sind: Arbeitsmarkt, öffentliche Dienste, Digitalisierung, Klimawandel, Gesundheit, Sozialpolitik, Bildung. Die Mitglieder des EWSA stammen aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen aller Mitgliedstaaten der EU. Gemeinsam beraten sie über Gesetzesvorschläge und bringen dabei die Perspektiven aus der Praxis ein – idealerweise im Konsens. Sie agieren als Bindeglied zwischen Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen. „Der EWSA stärkt die demokratische Legitimität der EU, indem er die Erfahrungen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger aufnimmt und in politische Entscheidungsprozesse der EU einbringt“, erklärt EWSA-Präsident Oliver Röpké. Der gebürtige Österreicher und ehemalige Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel steht dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss seit April 2023 vor, im September 2025 endet sein Vorsitz des Ausschusses turnusgemäß. Die Themenvielfalt des EWSA reicht von sozialen Mindeststandards über digitale Grundrechte bis zu Umwelt- und Klimapolitik. In seiner beratenden Funktion liefert der EWSA wichtige Impulse für die EU-Institutionen – auf Augenhöhe, mit Blick für das Machbare.

Drei Gruppen, ein Ziel:

Konsens im Sinne der Menschen

Der Ausschuss setzt sich laut EWSA derzeit aus 327 Mitgliedern zusammen.¹ Sie gehören drei Gruppen an:

Gruppe I: Arbeitnehmer (Gewerkschaften) – 107 Mitglieder

Gruppe II: Arbeitgeber (Handelskammern, KMU- und Arbeitgeberverbände) – 112 Mitglieder

Gruppe III: Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft (NGOs, Jugendorganisationen, Verbraucher ...) – 106 Mitglieder

Nicht zugewiesen: 2 Mitglieder



EWSA-Präsident Oliver Röpké und Teilnehmer:innen einer Plenartagung eröffnen ein „Enlargement Forum“ mit einer Diskussion zur Zukunft der EU über die Rolle des Sozialen Dialogs, der Zivilgesellschaft und der Jugendbeteiligung.

Die Mitglieder des EWSA werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten vom Europäischen Rat für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt (und können wiederbestellt werden). In ihrer Funktion handeln sie unabhängig von parteipolitischen Interessen und vertreten das Gemeinwohl der EU-Bürger:innen. Ziel der Arbeit ist der Interessenausgleich. Die Stellungnahmen sind zwar rechtlich nicht bindend, sie werden jedoch regelmäßig in EU-Rechtsvorschriften berücksichtigt – auch dank der engen Verzahnung mit der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament. Im Gegensatz zu anderen Institutionen basiert die Arbeit des EWSA auf der Idee, dass gesellschaftlicher Fortschritt nur im Dialog gelingt. Auch kontroverse Positionen werden diskutiert – das Ziel bleibt jedoch, gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden.

Österreichs aktive Rolle im EWSA

Österreich ist im EWSA mit insgesamt 12 Mitgliedern vertreten. Darunter sind auch mehrere gewerkschaftlich organisierte Stimmen – etwa von der younion, der GPA oder der Arbeiterkammer. Die österreichischen Mitglieder des EWSA wirken daran mit, sozialpolitische Anliegen aus Österreich in die europäische

¹ Anm. d. Red.: Derzeit 327 Mitglieder, die Gesamtzahl kann aktuell laut EWSA leicht variieren. Bezeichnungen laut EWSA, siehe online: eesc.europa.eu/de/ueber-uns



Präsident Oliver Röpké und Teilnehmer:innen am „Open Day 2025“ des European Economic and Social Committee (Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses) im Mai (Foto li). Eine Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, in der über soziale Teilhabe und demokratische Reformen diskutiert wird (Foto re).

Diskussion einzubringen – und relevante EU-Impulse in die heimische Politik zurückzutragen. Es geht nicht nur um EU-Strategien, sondern auch um konkrete Lebensrealitäten – wie etwa das Recht auf Reparatur, den europäischen Mindestlohn, die Zukunft des öffentlichen Dienstes, Energiearmut oder faire Plattformarbeit. Über den EWSA hat die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst die Möglichkeit, ihre Sichtweisen in europäische Diskussionen einzubringen.

Präsident Oliver Röpké: Fokus auf Jugend, Demokratie und Erweiterung

Seit seinem Amtsantritt hat EWSA-Präsident Oliver Röpké klare Schwerpunkte gesetzt: mehr Jugendbeteiligung, Schutz demokratischer Grundwerte und eine inklusive Erweiterungspolitik. Mit dem „EWSA-Jugendtest“ wurde ein Instrument geschaffen, das sicherstellt, dass bei bestimmten Stellungnahmen auch die Perspektive junger Menschen einbezogen wird. Das Format „Your Europe, Your Say!“ bringt jedes Jahr Jugendliche aus ganz Europa zusammen – ein europaweiter Dialog von der Schulbank bis zur Kommissionssitzung. Besonders bemerkenswert ist das Projekt ECM (Enlargement Candidate Members): 146 Vertreter:innen aus

Beitrittsländern wie der Ukraine, Moldau oder Serbien wirken seit 2024 in den EWSA-Arbeitsgruppen mit. Eine politische Öffnung mit Signalwirkung. Oliver Röpké versteht seine Präsidentschaft auch als Antwort auf die zunehmende Polarisierung in Europa. Der EWSA müsse ein Ort sein, an dem demokratische Grundwerte verteidigt und soziale Kohäsion gestärkt werden. Seine Auftritte beim UN-Gipfel oder beim Forum zur Sozialen Gerechtigkeit der ILO (International Labour Organization)² zeigen: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss will auch global ein Vorbild sein.

Wasser sichern, bezahlbares Wohnen & soziale Gerechtigkeit

Inhaltlich legt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss aktuell den Fokus u. a. auf:

- eine umfassende Strategie für nachhaltiges Wassermanagement³,
- Initiativen gegen die Wohnungsnot und für bezahlbaren Wohnraum,
- Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Dimension Europas.⁴

Mit klaren Forderungen und konkreten Maßnahmenplänen positioniert sich der EWSA hier als ideen-

starker Motor für eine sozialere Union. Gerade Themen wie leistbares Wohnen oder Wasserzugang zeigen, wie nah die europäische Politik am Lebensalltag sein kann – wenn sie richtig gestaltet wird. Für Gewerkschafter:innen sind das wichtige Ansatzpunkte, um die soziale Dimension der EU zu stärken.

Gewerkschaften im europäischen Dialog

Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen wie Desinformation, sinkendem Vertrauen in Institutionen und sozialer Ungleichheit bietet der EWSA einen Rahmen, in dem auch Gewerkschaften ihre Positionen in europäische Diskussionen einbringen und mit anderen Akteuren abstimmen können.

Echte Mitwirkung braucht starke Strukturen

Abseits der Plenarsitzungen ist der EWSA ein Ort des dauerhaften Austauschs: Fachgruppen, Beobachtungsstellen, Studien, Konferenzen, Plattformen – unter dem Motto: „Konsens statt Konfrontation.“ Für Gewerkschafter:innen bedeutet das auch, auf europäischer Ebene Allianzen zu bilden – mit Partnern aus anderen Ländern, aber auch mit neuen sozialen Bewegungen. Obwohl der EWSA selbst keine Gesetze erlässt, beeinflusst er durch Argumente, Erfahrungswissen und soziale Vernetzung maßgeblich die Richtung der EU-Politik. Ein Beispiel: Nach einem EWSA-Vorschlag startete die Kommission eine Plattform zur Bekämpfung von Energiearmut – mit Beteiligung nationaler Akteure. Solche Initiativen zeigen die Wirksamkeit dieser Institution.

Fazit

Der EWSA mag nicht so bekannt sein wie das Europäische Parlament oder die Europäische Kommission – aber seine Rolle ist zentral: als Sprachrohr der Arbeitnehmer und -geber und der Zivilgesellschaft, als Ort der Verständigung und als Korrektiv rein ökonomischer oder machtpolitischer Logiken. Für Österreich, für die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und für alle, denen eine sozial gerechte EU am Herzen liegt, ist der EWSA mehr als ein Gremium: Er ist ein Werkzeug der Mitbestimmung. Und das zählt. ■

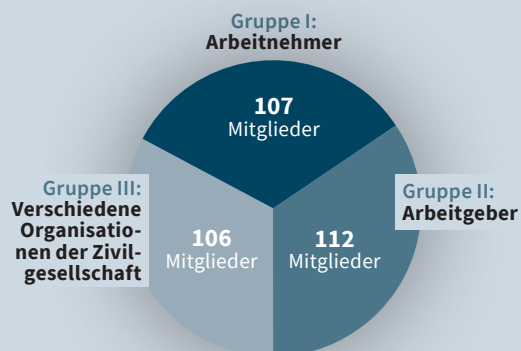
² Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich mit Arbeits- und Sozialstandards befasst.

³ Erklärung zum Europäischen Blauen Deal: eesc.europa.eu/sites/default/files/2024-02/qe-04-23-852-de-n.pdf

⁴ Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte: eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0102

Der EWSA auf einen Blick

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist ein beratendes Organ der EU. Er setzt sich aus 327 Mitgliedern zusammen, die Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten. Der EWSA erarbeitet jährlich 160 bis 190 Stellungnahmen zu EU-Vorhaben und bringt damit die Sicht der drei o. g. Gruppen in die europäische Gesetzgebung ein. Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten vom Rat ernannt, darunter auch Gewerkschaftsvertreter:innen aus Österreich. Präsident des EWSA ist seit 2023 der Österreicher Oliver Röpke. Der EWSA versteht sich als Brücke zwischen EU-Institutionen und Bürger:innen.



Informationen online:



Allgemeine Aufgaben & Funktionsweise des EWSA



Organigramm der politischen Struktur



Zusammensetzung der Gruppen (Arbeitgeber / Arbeitnehmer / Zivilgesellschaft)



Präsident Oliver Röpke

A portrait of Oliver Röpke, a middle-aged man with short brown hair, wearing a dark blue suit, white shirt, and dark tie. He is looking directly at the camera with a slight smile. His hands are clasped in front of him. A small European Union flag pin is visible on his lapel.

**Oliver Röpke –
Gewerkschafter
an der Spitze Europas**

Oliver Röpke (Jg. 1971) ist seit April 2023 Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) – als erster Österreicher überhaupt. Der Jurist und Gewerkschafter vertritt seit vielen Jahren die Interessen von Arbeitnehmer:innen in der EU. Zuvor leitete er seit 2008 das Europabüro des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) in Brüssel, wo er die Stimme der Gewerkschaften in den EU-Institutionen stärkte. 2009 wurde er Mitglied des EWSA, ab 2019 führte er die Arbeitnehmer:innengruppe. Zahlreiche Stellungnahmen zu Beschäftigung, Sozialpolitik, Binnenmarkt und Innovation tragen seine Handschrift. Als Präsident will Röpke die Rolle der Zivilgesellschaft im EU-Entscheidungsprozess ausbauen – sein Motto: „Stand up for democracy, speak up for Europe.“

„Demokratie ist verletzlich“

Oliver Röpke, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), im Interview über die Stärkung der Demokratie, über Initiativen, die zeigen, dass Europa kein abgeschlossenes Projekt, sondern ein Prozess ist – und seine größten Erfolge während seiner Präsidentschaft.

Von LAURA ARI

Sehr geehrter Herr Röpke, Sie sind als Österreicher mit Gewerkschaftshintergrund Präsident eines zentralen EU-Gremiums geworden – was hat Sie persönlich auf diesem Weg am stärksten geprägt?

Präsident Oliver Röpke: Meine Zeit als Gewerkschafter in Österreich hat mich tief geprägt, sowohl inhaltlich als auch menschlich. Dort habe ich gelernt, was soziale Gerechtigkeit konkret bedeutet und wie wichtig es ist, den vermeintlich Schwächeren eine starke Stimme zu geben. Als Präsident des EWSA konnte ich diese Werte auf europäische Ebene tragen. Besonders prägend waren für mich die Begegnungen mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in Europa, die sich teils unter schwierigen Bedingungen tagtäglich für Demokratie, Grundrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Diese Stimmen sichtbar zu machen und ihnen politischen Raum auf EU-Ebene zu geben, war und ist für mich ein zentrales Anliegen.

Ihr Präsidenschaftsmotto lautet: „Unser Einsatz für die Demokratie – unser klares Bekenntnis zu Europa“. Was bedeutet das für Sie – und was konkret können und sollen die europäischen Institutionen zur Stärkung der Demokratie beitragen?

Für mich bedeutet das, Demokratie nicht nur zu verwalten, sondern aktiv zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Demokratie ist verletzlich. Wir sehen leider auch in Europa Angriffe auf Gewerkschaftsrechte, Pressefreiheit, die unabhängige Justiz und zivilgesellschaftliche Organisationen. Genau deshalb war es mir wichtig, den EWSA als Plattform der Sozialpartner und der organisierten Zivilgesellschaft zu stärken. Wir haben die Civil Society Week aufgebaut, zur Wahlbeteiligung aufgerufen, gegen Desinformation gearbeitet und Formate für echten Dialog zwischen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern geschaffen. Demokratie braucht Teilhabe und Vertrauen. Die EU-Institutionen müssen diese Räume gezielt schaffen und verteidigen, statt sie nur in Sonntagsreden zu loben.

Mit der ECM-Initiative¹ haben Sie die Zivilgesellschaft aus Beitrittsländern erstmals aktiv eingebunden. Wie sind Ihre Erfahrungen mit dieser Initiative?

Die ECM-Initiative war von Beginn an ein politisches Signal dafür, dass der EU-Erweiterungsprozess nicht nur zwischen Regierungen verhandelt wird, sondern

„Ein zentraler Erfolg war die klare Positionierung des EWSA als Stimme der Demokratie.“

Sozialpartner und Zivilgesellschaft von Anfang an einbezogen werden müssen. Hintergrund für diese Initiative waren auch meine persönlichen Erfahrungen mit früheren EU-Erweiterungen in Ost- und Mitteleuropa und die oftmals mangelnde Mitsprache der Sozialpartner aus den betreffenden Ländern. Funktionierender sozialer Dialog muss aber ein hartes Kriterium für zukünftige Erweiterungen sein. Als erste EU-Institution hat der EWSA deshalb Gewerkschafter:innen, Unternehmensvertreter und Zivilgesellschaft aus allen neun Beitrittsstaaten aktiv in seine Arbeit eingebunden. Sie sind nicht nur Beobachter, sondern aktive „Kandidaten-Mitglieder“, wirkten an Stellungnahmen mit, beteiligten sich an Fachgruppen und brachten ihre Perspektiven direkt in die europäische Debatte ein. Das hat Vertrauen geschaffen, Teilhabe ermöglicht und gezeigt, dass Europa kein abgeschlossenes Projekt ist, sondern ein Prozess, der Beteiligung braucht. Die Kommission hat diese Initiative nicht nur politisch unterstützt, sondern auch zusätzliche Mittel bereitgestellt, um sie langfristig abzusichern. Andere EU-Institutionen haben ihr Interesse bekundet, dem Beispiel des EWSA zu folgen.

Ein besonderer Moment sind die Enlargement Foren im Rahmen unserer Plenartagungen, an denen sowohl unsere „neuen“ ECM-Mitglieder aus den Kandidatenländern als auch Regierungsvertreter wie zum Beispiel die Ministerpräsidenten Albaniens und Montenegros, Edi Rama und Miloško Spajić, aktiv mitgewirkt haben. Sie diskutierten mit uns über soziale Teilhabe, demokratische Reformen und die Rolle der Jugend im Erweiterungsprozess. Die Rückmeldungen aus den Ländern waren eindeutig: Die Initiative habe ihnen konkrete Werkzeuge gegeben, um sich stärker einzubringen sowie den

¹ ECM – Enlargement Candidate Members. Durch die ECM-Initiative, die Oliver Röpke initiierte, durften erstmals Vertreter:innen der Zivilgesellschaft aus EU-Beitrittskandidaten (Montenegro, Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Moldau, Ukraine, Georgien und der Türkei) aktiv an der EWSA-Arbeit teilnehmen.

sozialen Dialog und das Vertrauen in die europäische Integration gestärkt. Genau das war unser Ziel von Anfang an. ECM hat nicht nur neue Stimmen an den Tisch gebracht, sondern auch gezeigt, dass die Erweiterung nicht nur geopolitisch, sondern auch sozial und demokratisch gedacht werden muss.

Der EWSA ist ein Ort des Dialogs – insbesondere zwischen Interessensgruppen. Wie erfolgt der tägliche Ausgleich zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Zivilgesellschaft und worin bestehen die wesentlichen Unterschiede zur österreichischen Sozialpartnerschaft?

Der EWSA ist keine Sozialpartnerschaft im klassischen Sinne, sondern laut EU-Vertrag ein beratendes Gremium, das die Sicht der gesamten Zivilgesellschaft einbringen soll. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und zivilgesellschaftliche Organisationen diskutieren gemeinsam, erarbeiten Stellungnahmen und versuchen, gemeinsame Positionen zu finden. Natürlich gibt es Interessenskonflikte. Aber genau darin liegt der Wert: Wir zwingen uns, zuzuhören, Argumente abzuwägen und wenn möglich Kompromisse zu finden. Aber wir bringen die Perspektiven der organisierten Zivilgesellschaft gezielt in die EU-Gesetzgebung ein und haben hier bedeutenden Einfluss gewonnen. Das ist ein relevanter Beitrag, gerade in einer Zeit, in der politische Gräben und Polarisierung zunehmen und Dialogräume kleiner werden.

Wenn Sie auf Ihre Zeit im EWSA zurückblicken: Was waren die größten Erfolge während Ihrer Präsidentschaft?

Ein zentraler Erfolg war die klare Positionierung des EWSA als Stimme der Demokratie. Wir haben Initiativen zu Desinformation, Rechtsstaatlichkeit und digitaler Einflussnahme angestoßen, die Civil Society Week etabliert und gezielt zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden. Besonders wichtig war mir, dass wir die belarussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya und den führenden Exil-Gewerkschafter Maksim Pazniakou im Juni im Plenum empfangen haben, ein starkes Signal für demokratische Solidarität über EU-Grenzen hinaus. Auch unsere Rule of Law-Missionen nach Moldau und Albanien haben gezeigt, dass wir bereit sind, Demokratie konkret zu verteidigen, in- und außerhalb der EU. Während meiner Präsidentschaft war der EWSA auch auf internationaler Ebene stärker als jemals zuvor

„Wir bringen die Perspektiven der organisierten Zivilgesellschaft gezielt in die EU-Gesetzgebung ein und haben hier bedeutenden Einfluss gewonnen.“

als Partner gefragt, zuletzt sogar von UN-Generalsekretär Antonio Guterres persönlich, als Verteidiger einer multilateralen, regelbasierten Ordnung. Mit dem früheren Gewerkschaftsführer und heutigen Präsidenten Brasiliens, Lula da Silva, haben wir wieder starke bilaterale Strukturen für Zivilgesellschaft und Gewerkschaften aufgebaut. Mein Treffen mit Lula war mein persönliches Highlight während der EWSA-Präsidentschaft.

Weiters war die ECM-Initiative ein echter Durchbruch. Erstmals haben wir Vertreterinnen und Vertreter aus neun Beitrittsländern in unsere Arbeit eingebunden, nicht nur als Beobachter, sondern als aktive Mitgestalter. Das Projekt wurde von der Kommission unterstützt und inzwischen langfristig strukturell verankert. Es zeigt, dass Erweiterung nicht erst beim Beitritt beginnt, sondern viel früher bei echter Teilhabe, Sozialpartnerschaft und starken zivilgesellschaftlichen Strukturen. Für unsere Gewerkschaftskolleg:innen in den Kandidatenstaaten ist diese Initiative ein echter Game-Changer. Schließlich haben wir soziale Themen klar zurück ins Zentrum europäischer Politik gebracht. Ob leistbares Wohnen, Digitalisierung und faire Arbeitsbedingungen oder Jugendbeteiligung – wir haben konkrete Empfehlungen erarbeitet und öffentlich platziert. Der EWSA hat sich damit als glaubwürdiger sozialpolitischer Akteur etabliert, auch durch die enge Zusammenarbeit mit Kommission, Parlament und nationalen Regierungen. So konnten wir soziale Anliegen stärker in die politische Diskussion auf EU-Ebene einbringen.

Vielen Dank für das Interview! ■

Gleichstellung am Horizont!

25 Jahre Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in Österreich



Ursula Hafner
ist GÖD-Vorsitzender-
Stv.ⁱⁿ und Bereichs-
leiterin GÖD-Frauen

Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die österreichische Bundesregierung hat sich im Jahr 2000 zur Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie verpflichtet und die Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMAG GM) gegründet. In verschiedenen Etappen, die durch sechs Ministerratsbeschlüsse markiert sind, wurde die Anwendung dieser Strategie zu-

nächst in Pilotprojekten und schließlich in der täglichen Verwaltungsroutine festgelegt. Ein Meilenstein in diesem Prozess war 2009 die verfassungsmäßige Verankerung von Gender Budgeting im Haushaltsrecht des Bundes. In diesem Jahr wurde die Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming/Budgeting (IMAG GMB) neu konstituiert.¹

In der IMAG GMB sind alle Bundesministerien, die Obersten Organe (Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts, Volksanwaltschaft, Rechnungshof, Parlament), die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst sowie die Bundesländer durch Beauftragte vertreten. Den Vorsitz führt Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner, BSc.

Zu den Aufgaben der IMAG zählen der Austausch von Informationen und nachahmenswerten Initiativen in den Ressorts sowie von in- und ausländischen Best-Practice-Beispielen, die Entwicklung von Kriterien für die Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie sowie die Begleitung und Evaluierung laufender Projekte, Maßnahmen und Gesetze hinsichtlich der Anwendung der Gender Mainstreaming-Zielsetzungen. Mindestens zweimal jährlich treffen sich die von jedem Ressort ernannten Kolleg:innen zu einem Dialog samt Fachvorträgen. In dieses Gremium werden seit dem Jahr 2000 für jede Funktionsperiode zwei GÖD-Funktionärinnen nominiert. Der gesamtfachliche Austausch gestaltet sich konstruktiv und im Sinne

von Gleichstellungspolitik, Gender, Gender Mainstreaming und Gender Budgeting als lösungsorientiert. Zurzeit vertreten Susanne Schubert und ich als GÖD-Vertreterinnen die öffentlich Bediensteten.

Es bleibt weiterhin notwendig, zukunftsgerichtete Verbesserungen sowie die Förderung fairer Partnerschaftlichkeit und Gleichstellung in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen konsequent umzusetzen.

25 Jahre Gender Mainstreaming bedeutet auch, weiterhin an gesellschaftspolitisch relevanten Themen „dranzubleiben“, wie z. B.

- verbesserte Vereinbarkeit von Familie/Privatleben und Beruf,
- Bekämpfung von geschlechterspezifischer Diskriminierung und Gewalt,
- Gleichstellung in Entscheidungsprozessen und -positionen.

Unter imag-gmb.at/service/projekte.html findet man über 400 Projekte und Initiativen auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene rund um Gender Mainstreaming.

Die GÖD begleitet und unterstützt aktiv Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, insbesondere durch die Mitwirkung in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen und die Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst. Konkrete Maßnahmen umfassen die Förderung von Frauen in Führungspositionen, gezielte Aus- und Weiterbildungsangebote zu Gender-Themen und die Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten bei der Personalplanung.

Gleichstellung am Horizont – die Richtung stimmt, in die wir im Öffentlichen Dienst weiterhin steuern werden. ■

¹ imag-gmb.at/arbeitsgruppe/interministerielle-arbeitsgruppe.html (16. 6. 2025).



Wörthvolle Auszeit

Barrierefreie Erholung mit Herz im Haus am See.

Von THOMAS DUSCHLBAUER



*Der direkte und barrierefreie Zugang zum
Wörthersee ist etwas Besonderes und
ermöglicht Badespaß für die ganze Familie.*

Auch in diesem Sommer bot die GÖD wieder eine ganz besondere Ferienwoche für Familien mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Die beliebte Aktion ermöglicht es zahlreichen Familien, sich in barrierefreier Umgebung zu erholen, auszutauschen und neue Kraft zu schöpfen – mitten in der idyllischen Kulisse Kärntens am Cap Wörth in Velden am Wörthersee.

So hat sich auch Familie Schubert mit Mutter Sabine, Vater Roland, dem Sohn Vito und Tochter Lili (beide 11) nach Kärnten begeben, um dort eine erholsame Auszeit zu verbringen. „Wir sind mittlerweile zum zweiten Mal hier und schätzen auch den Kontakt zu den anderen Eltern, die ja ähnliche Herausforderungen zu meistern haben. Auch für den nicht behinderten Sohn ist es eine schöne und wertvolle Lernerfahrung, hier zu sein“, so Sabine Schubert, die an der Pädagogischen Hochschule in Wien beschäftigt ist. „Die Kinder schätzen vor allem das Wasser. Wenn wir sonst auf Urlaub fahren,

dann campen wir. Aber auch hier haben wir extra einen Anhänger mitgenommen, um die Boards zum Stand-up-Paddeln und andere Sportgeräte mitzunehmen. Auch Radtouren haben wir geplant, wobei Minimundus in Klagenfurt zuletzt ins Wasser gefallen ist“, erzählt Sabine Schubert.

Auch Familie Baumann nutzte bereits zum zweiten Mal die Gelegenheit, hier mit ihrer Tochter Magdalena (21) Urlaub zu machen. „Die schöne Gegend und die gute Organisation der GÖD haben auch heuer wieder super gepasst. Wir sind gerade etwas froh, dass es diese Woche wieder ein bisschen abgekühlt hat, wobei die Tochter schon das warme Wasser sehr schätzt. Allerdings haben wir hier ja auch gleich ein Hallenbad und darüber hinaus sind wir sehr viel mit dem Fahrrad unterwegs. Die Hälfte des Tages verbringen wir auf dem Fahrrad, dann geht es ab ins Wasser“, so Johann Baumann aus St. Georgen im Attergau, der bei der Straßenmeisterei tätig ist.

„Die Lage und der Kontakt mit Gleichgesinnten sind

Barbara und Johann Baumann mit Tochter Magdalena auf Entdeckungsreise per Rad.



Lili Schubert genießt unbeschwert mit ihren Eltern die Auszeit. Persönlich vor Ort zu sein, ist Romana Deckenbacher, GÖD-Vors.-Stv.ⁱⁿ und Bereichsleiterin „Soziale Betreuung“, ein Anliegen.



Dem GÖD-Vorsitzenden Eckehard Quin ist es wichtig, dass auch „neue“ Familien das Angebot der GÖD-Ferienaktion nutzen können.

für uns schon sehr wichtig. Es ist auch gut, dass wir hier nicht so in der Auslage sind. Magdalena, die an Epilepsie leidet, geht es hier sehr gut. Das merkt man auch daran, dass sie noch keinen Anfall hatte. Wenn es ihr gut geht, geht es auch uns gut und wir können den Urlaub genießen“, freut sich ihre Mutter Barbara.

Gesellschaftlicher Auftrag

Romana Deckenbacher, stellvertretende GÖD-Vorsitzende und ÖGB-Vizepräsidentin, die als Bereichsleiterin „Soziale Betreuung“ seit drei Jahren für die Aktion die Verantwortung trägt, zu ihrem Herzensprojekt: „Es ist mir besonders wichtig, den Familien mit beeinträchtigten und kranken Kindern hier am Wörthersee eine schöne Auszeit bieten zu können. Dieses Jahr konnte die GÖD erfreulicherweise wieder mehr Plätze zur Verfügung stellen – die Nachfrage übersteigt regelmäßig unser Angebot“. Eine Teilnahme an der Aktion kann nur alle zwei Jahre stattfinden, damit die aufgestockte Erholungsressource gerecht verteilt wird – wobei auch darauf geachtet wird, dass es eine faire Balance bei der Herkunft aus den einzelnen Bundesländern gibt. Die große Bedeutung der Ferienaktion wird auch darin gesehen, dass sie eine nachhaltig verbindende Funktion hat. In dieser Atmosphäre können Freundschaften gepflegt werden, die dann auch über den Urlaub hinaus Bestand haben. Das zeigt, wie wichtig diese Woche für viele ist.

Ein wesentliches Element ist die finanzielle Unterstützung durch die GÖD: Dank dieser Förderung können sich Familien eine erholsame Auszeit mit Halbpension, Unterkunft und Freizeitangeboten leisten – was angesichts der hohen Inflation insbesondere im Bereich des Tourismus nicht selbstverständlich ist. Nicht alle hatten in den letzten Jahren die Möglichkeit, überhaupt Urlaub zu machen. Viele berichteten, dass es eine wirkliche Entlastung ist, dass sie gemeinsam mit der ganzen Familie hier am Wörthersee sein können.

Starkes Team für eine erholsame Woche

Mit jährlich rund 4.500 Übernachtungen ist der organisatorische Aufwand der GÖD-Ferienaktion entsprechend groß. Diese Verantwortung liegt seit heuer bei Evelyn Magerl-Christer, Büroleiterin des Bereichs Soziale Betreuung. Sie ist für alle Anliegen da und sorgt dafür, dass alles reibungslos läuft. Viele Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre der GÖD zeigen mit ihrer Anwesenheit vor Ort außerdem ihre Unterstützung und unterstreichen damit den Stellenwert der Ferienaktion. Wie für Ursula Hafner, Bereichsleiterin der GÖD-Frauen, ist diese Ferienaktion in Velden für sie ein wichtiges Anliegen. Es ist schön zu sehen, mit welcher Wertschätzung dieses besondere Angebot wahrgenommen wird. Beim traditionellen Grillabend, zu dem dieses Jahr auch der GÖD-Vorsitzende Eckehard Quin nach



Der traditionelle Grillabend wurde diesmal in den Festsaal des Hauses verlegt.



Evelyn Magerl-Christer (re.) unterstützt Romana Deckenbacher bei der Organisation der Ferienaktion.

Kärnten gekommen ist, zeigte sich erneut der Rückhalt aus der Gewerkschaftsspitze deutlich: „Was hier geschaffen wurde, ist mehr als ein Urlaubsangebot. Es ist ein Beitrag zur Unterstützung von Familien, ein Zeichen gelebter Solidarität. Und als überzeugter Niederösterreicher muss ich sagen: Kärnten ist wirklich schön!“, war der GÖD-Vorsitzende begeistert und sprach auch allen an dieser Aktion Beteiligten seinen herzlichen Dank aus. Vorsitzen-

der Quin gab an diesem Abend zudem bekannt, dass hinsichtlich dieses Standortes bis 2042 alles für den Fortbestand geregelt wurde – ein wichtiges Zeichen also für die Zukunft des Projekts. Die Ferienaktion der GÖD ist insofern weit mehr als nur eine Woche Urlaub: Sie ist ein Stück gelebte Inklusion, bietet einen Ort der Begegnung und ist ein wichtiger Ausgleich für Familien mit besonderen Herausforderungen. ■

Soziale Inklusion als GÖD-Schwerpunkt

Was bedeutet es wirklich, am Arbeitsplatz teilhaben zu können – unabhängig vom äußeren Erscheinungsbild, gesundheitlicher Verfassung oder einer Beeinträchtigung? Welche konkreten Unterstützungsangebote gibt es für Familien – etwa im Krankheitsfall oder bei anderen persönlichen Notlagen? Und: Warum kommt gerade dem Öffentlichen Dienst eine besondere Verantwortung zu, wenn es um Barrierefreiheit und Chancengleichheit geht? Genau diese Fragen stehen im Zentrum des Engagements von Romana Deckenbacher, der stellvertretenden GÖD-Vorsitzenden, die den GÖD-Bereich „Soziale Betreuung“ leitet. Gelebte Inklusion und die finanzielle Unterstützung für Mit-

glieder in schwierigen Lebenslagen sind der Schwerpunkt ihrer gewerkschaftlichen Arbeit.



Darüber spricht sie u. a. im GÖD-podcast – online abrufbar unter: goed.at/podcast

Für sämtliche Anfragen stehen den GÖD-Mitgliedern die Kolleg:innen vom Bereich Soziale Betreuung für organisatorische Belange unter der Tel. Nr. 01/53 454-214 und finanzielle Angelegenheiten unter 01/53 454-353 oder per Mail sozial@goed.at jederzeit gerne zur Verfügung.

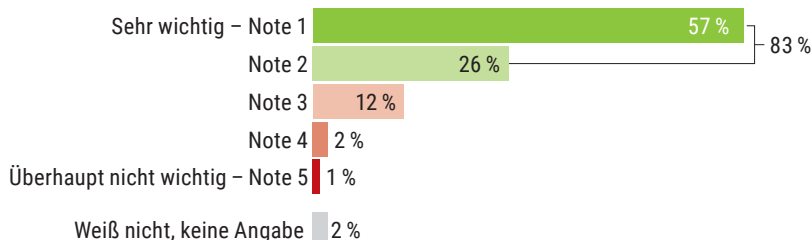


Wie Österreich den Öffentlichen Dienst sieht – und was er leistet

Das Meinungsforschungsinstitut IMAS erhob im Juni im Auftrag der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst die Stimmung der Bevölkerung zum Öffentlichen Dienst sowie zu zentralen Fragen rund um das Staatswesen.

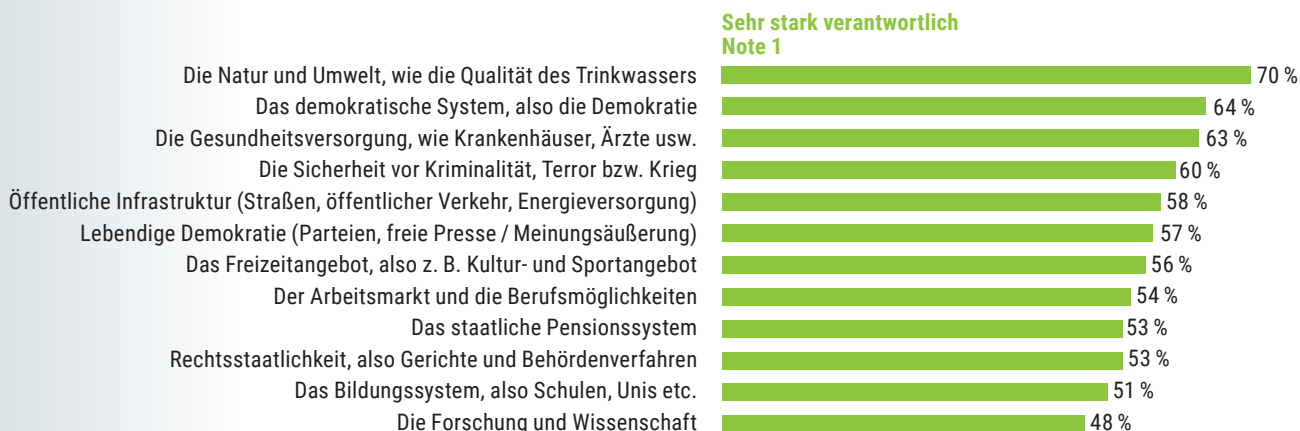
Von LAURA ARI

Wie wichtig ist der Öffentliche Dienst für die Lebensqualität in Österreich?



Bedeutung verschiedener Aspekte für die Lebensqualität

„Welche der folgenden Aspekte sind Ihrer Meinung nach für die aktuelle Lebensqualität in Österreich verantwortlich?“



Der Öffentliche Dienst ist das verlässliche Rückgrat des Staates – ein tragendes Fundament für Sicherheit, Stabilität und eine hohe Lebensqualität. Seine Bediensteten sorgen tagtäglich dafür, dass Österreich funktioniert: von der Gesundheitsversorgung über Bildung, Sicherheit und Verwaltung bis hin zu unzähligen Serviceleistungen, die für viele selbstverständlich erscheinen, es aber keineswegs sind. Die aktuelle, repräsentative IMAS-Studie im Auftrag der GÖD macht deutlich, wie hoch die Wertschätzung in der Bevölkerung für den Öffentlichen Dienst ist.

Diese seit 2019 jährlich durchgeführte Befragung ist nicht nur eine Momentaufnahme, sondern Teil einer kontinuierlichen Analyse, die Entwicklungen und Veränderungen im öffentlichen Stimmungsbild sichtbar macht. Sie dient als wichtiger Kompass für Politik, Verwaltung und Gewerkschaften. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche – von der Corona-Pandemie bis zu den wirtschaftlichen Herausforderungen infolge globaler Krisen – zeigt sich, wie stabil das Vertrauen in den Öffentlichen Dienst geblieben ist.

Lebensqualität in Österreich – die Rolle des Öffentlichen Dienstes

Drei von vier Befragten vergeben für die Lebensqualität in Österreich die Bestnote 1 oder 2. An erster

Stelle steht die Natur und Umwelt, dicht gefolgt von Demokratie und Gesundheitsversorgung – letztere eindeutig Bereiche, in denen der Öffentliche Dienst eine Schlüsselrolle spielt. Diese Bereiche sind nicht nur strukturell wichtig, sondern prägen den Alltag jeder und jedes Einzelnen spürbar. Die insgesamt hohe Zufriedenheit ist ein Indiz dafür, dass die staatlichen Leistungen in vielen Feldern verlässlich und bürgernah erbracht werden – und dass die Menschen den Institutionen zutrauen, auch künftige Herausforderungen souverän zu bewältigen.

Auf die Frage nach einer spontanen Assoziation zum Begriff „Öffentlicher Dienst“ nennen die meisten zuerst Beamte, Polizei, Verwaltung, Gesundheits- und Bildungswesen. Diese klare Verbindung zeigt: Der Öffentliche Dienst ist nicht nur sichtbar, sondern prägt entscheidend das tägliche Leben in Österreich. Die Mehrzahl der Befragten hält den Öffentlichen Dienst für „wichtig“ bis „sehr wichtig“ (Note 1 oder 2) für die Lebensqualität im Land.

Besonders stark ist der positive Einfluss, wenn Menschen direkten Kontakt zu engagierten und kompetenten Bediensteten haben – sei es in medizinischen Einrichtungen, in der Kinderbetreuung, in Schulen oder bei der Unterstützung durch Sozialleistungen. Solche Begegnungen verstärken die Wertschätzung für die Arbeit im Öffentlichen Dienst erheblich.

Image und Berufsbild –

Verantwortung, Kompetenz und Engagement

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst werden von der Bevölkerung vor allem als verantwortungsvoll, kompetent, hilfsbereit und zuverlässig wahrgenommen. Dieses Bild spiegelt die hohe Professionalität wider, mit der die Bediensteten ihre Aufgaben erfüllen – oft unter herausfordernden Bedingungen. Allerdings wird der Öffentliche Dienst an zweiter und dritter Stelle auch als „überfordert“ und „überlastet“ wahrgenommen – was ein vehementer Hinweis auf Personalmangel und steigende Aufgaben ist.

Zwar ist den Befragten die hohe Arbeitsbelastung bewusst, doch dominiert das Bild einer engagierten und verlässlichen Berufsgruppe, die das Gemeinwohl über persönliche Interessen stellt.

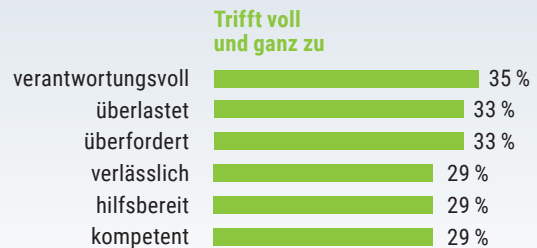
Belastungen im Berufsalltag – Herausforderungen meistern

Die Studie verdeutlicht, dass die Bevölkerung durchaus ein Bewusstsein für die Herausforderungen im Öffentlichen Dienst hat:

- Umfang und Komplexität der Gesetze und Richtlinien (37 % „große Schwierigkeit“)
- Zeitdruck bei der Bearbeitung von Anliegen (37 %)
- Personalmangel (33 %)
- Sparzwang der öffentlichen Hand (33 %)

Trotz dieser Rahmenbedingungen gelingt es den Beschäftigten, ihre Leistungen auf hohem Niveau zu erbringen. Dies ist Ausdruck eines ausgeprägten

Eigenschaften des Öffentlichen Dienstes



Pflichtbewusstseins und der Bereitschaft, sich für das Funktionieren des Staates einzusetzen. Weniger häufig als „große Schwierigkeit“ genannt werden Faktoren wie geringere Bezahlung im Vergleich zur Privatwirtschaft oder begrenzte Karrierechancen – was zeigt, dass Aspekte wie der Sinn der Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiches Gehalt für Frauen ebenso wichtig erscheinen wie materielle Rahmenbedingungen.

Eine Berufsentscheidung mit Sinn und Zukunft

Obwohl sich nur etwa jede fünfte Person vorstellen kann, selbst in den Öffentlichen Dienst zu wechseln, ist es vielen der derzeit Beschäftigten wichtig, einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Die Berufswahl wird häufig nicht nur als Arbeitsplatzentscheidung, sondern als bewusste Entscheidung für den Dienst am Gemeinwohl verstanden. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass bei jenen, die bereits im Öffentlichen Dienst tätig sind, 18 % ihre Berufswahl wiederholen würden, wenn sie nochmals wählen könnten; 58 % hingegen würden sich für die Privatwirtschaft entscheiden. Auch dies sollte ein Signal für Arbeitgeber und politisch Verantwortliche sein.

Vertrauen in Institutionen und Demokratie

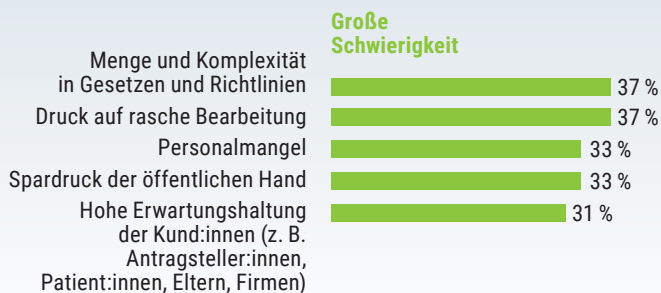
Demokratie wird von den meisten Befragten vor allem mit dem Wahlrecht und der Meinungsfreiheit verbunden – Grundpfeiler, die in Österreich hohes Vertrauen genießen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung vertraut Krankenhäusern und ihrem Personal sehr. Auch Universitäten und Schulen, Polizei, Verfassungsgerichtshof, Arbeiterkammer, Gerichte und Bundesheer stehen im Vertrauensranking weit oben. Beim Vertrauen in zentrale Institutionen schneiden die Sozialpartner am besten ab: 47 % der Befragten



Forschungsdesign

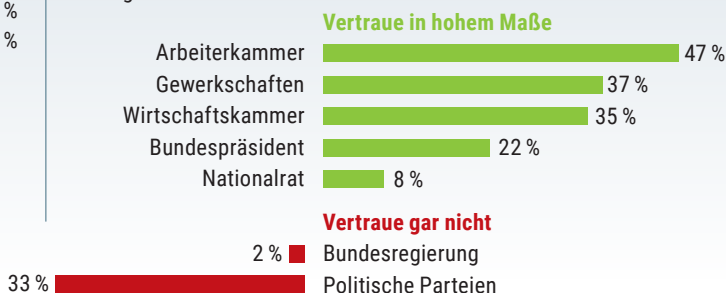
- **Ziel:** Erhebung des Meinungs- und Stimmungsbilds der österreichischen Bevölkerung zum Öffentlichen Dienst im Langzeitvergleich (2019–2024)
- **Methode:** Persönliche Interviews (face-to-face) im Rahmen einer Mehrthemen-Umfrage (MTU/Omnibus)
- **Stichprobe:** n=1.023 Personen ab 16 Jahren, repräsentativ für Alter, Geschlecht und Region
- **Schwankungsbreite:** ± 3,1 Prozentpunkte bei 95,45 % Signifikanzniveau
- **Erhebungszeitraum:** 4.–25. Juni 2025

Anforderungen an Mitarbeiter:innen



Vertrauen in verschiedene Instanzen und Einrichtungen

„Würden Sie bei den folgenden Instanzen und Einrichtungen aktuell sagen, dass Sie diesen in hohem Maße, weniger oder gar nicht vertrauen?“



bekunden ein sehr hohes Vertrauen in die Arbeiterkammer, 37 % in die Gewerkschaften und 35 % in die Wirtschaftskammer. Auch das Amt des Bundespräsidenten genießt mit 22 % eine solide Zustimmung. Deutlich niedriger liegt dieser Wert beim Nationalrat, dem lediglich 8 % starkes Vertrauen entgegenbringen. Besonders kritisch wird das Parteiensystem gesehen: Ein Drittel der Befragten (33 %) gibt an, politischen Parteien überhaupt nicht zu vertrauen und 2 % vertrauen der Bundesregierung gar nicht.

Österreichs Ausgaben – wo soll gespart werden?

Die IMAS-Umfrage zeigt deutlich, wo die Bevölkerung beim Sparen ansetzen würde – und wo nicht: Während knapp ein Viertel (24 %) dafür plädiert, die Ausgaben für staatliche Pensionen auszubauen, sprechen sich 8 % positiv für eine Stärkung der Unterstützung sozial Benachteiligter und von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus. Deutlich zurückgefahren sehen die Befragten hingegen die Finanzierung der Politik – 68 % wollen die Mittel für Parteien und Politiker reduzieren. Die Ergebnisse verdeutlichen die hohe Bedeutung sozialer Sicherheit einerseits und eine spürbare Skepsis gegenüber den Ausgaben für die Parteienlandschaft andererseits.

Pensionssystem – Skepsis und Perspektiven

38 % der Befragten gehen davon aus, dass es bei ihrem eigenen Pensionsantritt noch eine staatliche Pension in der heutigen Form geben wird. Unter Personen mit Matura oder Universitätsabschluss liegt dieser Wert mit 46 % deutlich höher. Dennoch besteht die Erwartung, dass das Pensionssystem in angepasster Form erhalten bleibt.

Etwa 83 % der Befragten sind der Meinung, dass der Öffentliche Dienst wichtig für die Lebensqualität in Österreich ist!

Arbeiten in der Pension

Ein Viertel der Österreicher:innen ab 16 Jahren kann sich vorstellen, über das gesetzliche Pensionsalter hinaus zu arbeiten oder tut dies bereits.

Fazit: Ein unverzichtbarer Partner

Der Öffentliche Dienst ist und bleibt eine tragende Säule des Landes. Seine Beschäftigten genießen hohes Vertrauen, erbringen tagtäglich unverzichtbare Leistungen und tragen maßgeblich zur Lebensqualität, Sicherheit und Stabilität bei – etwa 83 % der Befragten sind der Meinung, dass der Öffentliche Dienst wichtig für die Lebensqualität in Österreich ist!

Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind nicht nur Garanten für funktionierende Strukturen, sondern auch aktive Gestalter einer solidarischen, demokratischen und lebenswerten Gesellschaft. Damit dies auch in Zukunft der Fall ist, muss sich die Dienstgeberseite in Sachen Attraktivierung der Jobs aber wohl mehr einfallen lassen als in der Vergangenheit. Denn so groß die Wertschätzung für den Öffentlichen Dienst auch ist, die Zahl derer, die selbst als öffentlich Bedienstete diese Leistungen erbringen möchten, ist eher im Sinken begriffen. Die Vorschläge der GÖD liegen dazu auf dem Tisch. ■



Sport, Spaß und Action in Niederöblarn

Beim GÖD-Actioncamp vom 3. bis 9. August in der Sportsarea Grimming erlebten die Kinder Sommer, Sonne, Sport und beste Stimmung!

Von ANABELLA RUMPELTES

Zum fünften Mal wurde Niederöblarn zum ultimativen Treffpunkt für 10- bis 14-Jährige, die Lust auf Bewegung, Abenteuer und neue Freundschaften hatten. Mit einer Rekordzahl an Teilnehmer:innen hat das GÖD-Actioncamp 2025 alle bisherigen Camps noch einmal getoppt! Gemeinsam mit der Sportunion hat die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ein Programm hingelegt, das weit mehr war als nur ein „Ferienlager“. 75 Kids und 13 topmotivierte Sportbetreuer:innen gaben eine Woche lang Vollgas – und haben dabei nicht nur ihre Muskeln, sondern auch ihren Teamgeist trainiert.

Alles außer Langeweile

Hier ging's von Anfang an rund: Am ersten Tag durften sich alle ihre Lieblingssportarten aussuchen – und entscheiden, ob sie ihre Skills verbessern oder mal was ganz Neues ausprobieren. Fußball, Volleyball, Tennis, Hockey, Tanz, Airtrack, Wettrack (bei bestem Wetter!) oder Ultimate Frisbee – das Angebot war so bunt wie die Sommerabende im Camp. Viele haben dabei neue Talente entdeckt, Mut gefasst und gemerkt, dass man manchmal einfach über sich hinauswachsen muss.

Neue Crew? Kein Problem!

Ob schon zum vierten Mal dabei oder zum ersten Mal reingestolpert – im Actioncamp findet man

blitzschnell Anschluss. Die Stimmung war so offen und herzlich, dass „Neulinge“ spätestens am zweiten Tag schon mittendrin statt nur dabei waren.

Mehr als nur Sport

Das Camp soll nicht nur Spaß machen, sondern auch Eltern entlasten und Kids eine Woche voller Sinn, Bewegung und Gemeinschaft bieten. Professionelle Betreuung und ein Freizeitprogramm, das Körper und Kopf fordert – Win-Win für alle!

Abende zum Abfeiern

Nach einem Tag voller Action ging's abends entspannt, aber nicht langweilig weiter: Spieleabende, Lagerfeuerwanderung, Quiz-Battles und natürlich die legendäre Abschlussdisco – inklusive Tanzen, Lachen und „Ich-will-hier-nicht-weg“-Momenten.

2026? Wir sind sowas von dabei!

Als die Woche vorbei war, hatten alle nicht nur neue Freundschaften im Gepäck, sondern auch den festen Plan: „Nächstes Jahr – gleiche Zeit, gleicher Ort – wir kommen wieder!“

Eines steht schon fest: Auch 2026 wird das GÖD-Actioncamp wieder stattfinden.

Informationen und Anmeldung bei Jugendsekretärin Anabella Rumpeltes: junge-goed@goed.at. ■

WhatsApp sicherer machen: Wie wir unsere Daten besser schützen

Wir schreiben über Privates, führen berufliche Gespräche, teilen Bilder, Gedanken, Sprachnachrichten. Umso erstaunlicher, wie leichtfertig wir selbst oftmals mit der eigenen digitalen Privatsphäre umgehen.



Anja-Therese Salomon
ist Leiterin der Abteilung
Multimedia, Presse
und PR

Während wir bei Haustüren auf mehrfach verriegelte Sicherheit setzen, lassen wir unsere Messenger oft sperrangelweit offen. WhatsApp bietet einige Möglichkeiten, unsere Daten besser zu schützen. Man muss sie nur kennen und aktivieren.

Die wichtigsten Einstellungen im Überblick:

• Zwei-Faktor-Authentifizierung aktivieren

→ *Einstellungen > Konto > Verifizierung in zwei Schritten*

Schützt das Konto zusätzlich mit einer sechsstelligen PIN. Auch die Aktivierung der Gesichtssperre (Face-ID) ist unter > App-Sperre möglich.

• Online-Status verbergen („Zuletzt online“ / „Online“)

→ *Einstellungen > Datenschutz > Zuletzt online*

Hier lässt es sich einschränken, wer sehen darf, wann man online ist. Am sichersten: „Niemand“ oder „Meine Kontakte außer ...“.

• Profilbild, Info & Status schützen

→ *Einstellungen > Datenschutz > Profilbild / Info / Status*

Damit Fremde nichts über das persönliche Profilbild, angegebene Infos oder einen geteilten Status erfahren, lässt sich die Sichtbarkeit auf „Meine Kontakte“ einschränken.

• Lesebestätigungen deaktivieren (blaue Haken)

→ *Einstellungen > Datenschutz > Lesebestätigungen*

Wer nicht möchte, dass andere sehen, ob eine Nachricht gelesen wurde, sollte das hier ausschalten.

• Gruppeneinladungen einschränken

→ *Einstellungen > Datenschutz > Gruppen*

Um zu verhindern, dass die eigene Handynummer wahllos zu Gruppen hinzugefügt werden kann, kann dies begrenzt werden: „Meine Kontakte“ oder „Meine Kontakte außer ...“.

• Verdächtige Nachrichten und Codes ignorieren

→ Viele Dienstleister senden Verifizierungs-codes via WhatsApp. Diese Codes niemals an Dritte weitergeben.

• Chat-Sperre für vertrauliche Unterhaltungen nutzen

→ *Einzelchat öffnen > Kontakt antippen > Chat sperren*
Neue Funktion zum Schutz besonders sensibler Chats, die dann nur per Fingerabdruck oder Code zugänglich sind.

• App- und Systemupdates regelmäßig durchführen

→ Sowohl WhatsApp als auch das Betriebssystem sollten stets aktuell sein, um Sicherheitslücken zu verringern.

Es sind diese kleinen Handgriffe, die den Unterschied für mehr Schutz machen. ■



Abonniere unseren GÖD-WhatsApp-Kanal!

Gewerkschaftliche Neuigkeiten
direkt auf dein Smartphone.

Um den GÖD-WhatsApp-Kanal abonnieren zu können, benötigst du die WhatsApp-App oder alternativ die WhatsApp Business-App auf deinem Smartphone. Den Kanal findest du nach dem Abonnieren im Reiter „Aktuelles“ (unten links in der WhatsApp-App).

Jetzt anmelden und immer up to date bleiben!



Einfach QR-Code scannen und oben rechts auf „Abonnieren“ tippen, um keine News mehr zu verpassen.

**10 %
Rabatt**



Interhome

Lassen Sie sich von unseren Ideen für Ihren Ferienhausurlaub inspirieren und entdecken Sie das perfekte Ferienhaus oder die ideale Ferienwohnung für Ihre Wünsche: Machen Sie einfach Urlaub ohne Kompromisse, mit mehr Platz und Freiheit als in einem Hotel. Genießen Sie Ihre freien Tage beim Relaxen am Pool mit Blick auf die Weinberge oder das Meer. Mehr Infos unter interhome.at/urlaubsideen.

**bis zu
20 %
Rabatt**



Hotel Altneudörflerhof

Wir freuen uns, Sie im Hotel Altneudörflerhof begrüßen zu dürfen! Entspannen, Radfahren, Wein und Schmankerl genießen: Beim Urlaub in der Südoststeiermark werden im Hotel Altneudörflerhof in Bad Radkersburg Sport, Wellness & Genuss großgeschrieben. Nahe der slowenischen Grenze verspricht die Unterkunft alles, was das Herz begehrt. Mehr Infos unter hotelaltneudoerflerhof.at.

Hier finden Sie einen Ausschnitt der GÖD-Card-Angebote. Das Komplettangebot ist auf goedvorteil.at abrufbar.



VORTEILE

goedvorteil.at

**Gratis
2Go-Becher**



mymuesli

Ob im Büro, beim Picknick oder auf Reisen: Mit dem praktischen Zwei-Behälter-System hast Du Dein Lieblingsmüsli immer dabei. Einfach Milch, Pflanzendrink oder frisches Obst hinzufügen – und genießen. Dank der getrennten Aufbewahrung bleibt alles knackig bis zum letzten Löffel. Und wenn Du fertig bist, kommt Dein 2Go-Becher einfach in die Spülmaschine. Mehr Infos unter mymuesli.com.



NEOH – Das neue Naschen

NEOH ist der perfekte Snack für unterwegs, zuhause oder den Büro-Alltag. 100 Prozent Schoko-Genuss bei 0 Prozent zugesetztem Zucker – die beste Alternative zu herkömmlichen Zuckerbomben! Der Effekt unserer geheimen Formel wurde bereits 2022 durch eine Studie der Medizinischen Universität Wien bestätigt. Mehr Infos unter neoh.com.

**20 %
Rabatt**

EXKLUSIVE EINKAUFSVORTEILE FÜR GÖD-MITGLIEDER

Besuchen Sie uns auf goedvorteil.at und finden Sie tausende Einkaufsvorteile exklusiv für GÖD-Mitglieder! Jede Woche neue Unternehmen mit tollen Angeboten! Versäumen Sie keine Angebote und melden Sie sich kostenlos für den Newsletter an!

Gut geschützt gegen Grippe!

Warum sich Impfen lohnt und wie Sie zu Ihrer kostenlosen Grippeimpfung kommen

In diesem Jahr wird das „Öffentliche Impfprogramm Influenza“ von Bund, Ländern und Sozialversicherung zum dritten Mal durchgeführt.

Grippeviren haben im Winter Hochsaison

Influenza ist eine akute Erkrankung, die zwischen November und April auftritt und durch Viren verursacht wird. Diese verbreiten sich durch Tröpfchen, die beim Sprechen, Husten oder Niesen entstehen, aber auch durch kontaminierte Oberflächen und Hände.

Symptome und mögliche Folgen

Die Erkrankung beginnt meist mit hohem Fieber, trockenem Husten und Glieder- und Muskelschmerzen. Lungenentzündungen sind die häufigsten Komplikationen. Besonders gefährdet sind Säuglinge, Kleinkinder, Menschen ab 60 Jahren, Schwangere und Personen mit chronischen Erkrankungen.



Schutz durch die Impfung

Die Impfung muss jährlich erneuert werden, da sich Influenzaviren verändern. Der ideale Zeitpunkt für die Impfung ist im Herbst, sie kann aber auch später erfolgen. Nach der Impfung dauert es etwa 14 Tage, bis der volle Immunschutz aufgebaut ist.

Die Impfung wird besonders empfohlen für:

- Kinder ab dem vollendeten 6. Lebensmonat
- Personen mit chronischen Erkrankungen/geschwächtem Immunsystem
- Stark übergewichtige Personen
- Menschen ab 60 Jahren
- Gesundheits- und Pflegepersonal
- Bewohner:innen/Mitarbeiter:innen von Gemeinschaftseinrichtungen
- Schwangere und Stillende
- Personen mit häufigem Publikumsverkehr
- Reisende

Wo kann man sich impfen lassen?

Die Grippeimpfung ist in teilnehmenden Ordinationen und durch betriebliche Impfaktionen möglich. Bitte fragen Sie direkt bei Ihrer Ärztin oder Ihrem Arzt nach. Mehr Infos finden Sie unter: bvaeb.at/influenza



Kostenfreie Impfung ab 01.10.2025

Für die Saison 2025/2026 fallen keine Kosten für den Impfstoff und die Impfung selbst an!

Kontakt und Information

Fragen zur Grippeimpfung richten Sie gerne per E-Mail an: impfprogramm@bvaeb.at.

HPV-Impfung

Auch die kostenfreie Impfung gegen HPV (Humane Papillomaviren) für junge Erwachsene vom 21. bis zum 30. Geburtstag wird bis Ende Juni 2026 verlängert. Humane Papillomaviren verursachen Krebsvorstufen und Krebserkrankungen des Gebärmutterhalses, der Vagina, des Anus, des Penis, des Rachens und des Kehlkopfs.

Wichtig: Der erste Stich muss vor dem 31.12.2025 und der zweite Stich bis zum 30.06.2026 erfolgen.



Informationen zu den Impfstellen finden Sie auf der Website des Sozialministeriums.

Lassen Sie sich impfen und bleiben Sie gesund – für sich selbst und für andere!

Vom Amtsgeheimnis zur Informationsfreiheit

Neue Regeln für den Verwaltungsalltag: Derzeit sind im Bundesverfassungsgesetz die Amtsverschwiegenheit und die Auskunftspflicht der öffentlichen Organe festgelegt.¹ Mit 1. September 2025 trat das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft, das diese beiden Bestimmungen aufhebt und ein grundsätzliches Recht auf Information festschreibt.



Veronika Höfenstock
ist Bereichsleiterin
Dienstrecht und
Präsidiumsmitglied
in der GÖD

Öffentliche Stellen müssen aktiv und auf Anfrage Auskunft geben, sofern keine legitimen Schutzinteressen entgegenstehen. Doch der Weg zur gelebten Informationsfreiheit ist komplex. Wir als GÖD begrüßen mehr Transparenz, warnen aber vor praktischen Problemen, rechtlichen Unsicherheiten und fehlenden Ressourcen, worauf wir auch in unserer Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf ausführlich hingewiesen haben.²

Wesentliche Eckpunkte des IFG

Das IFG sieht im Wesentlichen zwei Eckpfeiler vor, die das Grundrecht auf Information sicherstellen sollen:

- **Auskunftsrecht für jedermann auf Antrag:**
 - auch ohne Österreich-Bezug
 - **Bearbeitungsfrist** – maximal vier Wochen, Verlängerung mit Begründung um weitere vier Wochen möglich
 - **Nichtvorliegen** eines Geheimhaltungsgrundes
 - **teilweise Schwärzung** möglich
 - **Versagung der Information bei**
 - **wesentlicher und unverhältnismäßiger Beeinträchtigung der sonstigen Tätigkeit** des auskunftspflichtigen Organs durch die Erteilung oder
 - **offensichtlich missbräuchlicher Beantragung**

- **Proaktive Veröffentlichungspflicht von Informationen von allgemeinem Interesse:** Dabei handelt es sich um Informationen, die einen allgemeinen Personenkreis betreffen oder für einen solchen relevant sind (z. B. Tätigkeitsberichte, Geschäftseinteilungen, amtliche Statistiken, für die Allgemeinheit interessante Studien/Gutachten, Stellungnahmen zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen u. a.).

Eine Information darf dann nicht veröffentlicht werden, wenn ein Geheimhaltungsgrund dagespricht.

Geheimhaltungstatbestände iSd § 6 IFG

zwingende integrations- oder außenpolitische Gründe
nationale Sicherheit, umfassende Landesverteidigung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit
unbeeinträchtigte Vorbereitung einer Entscheidung
Abwehr eines erheblichen wirtschaftlichen oder finanziellen Schadens der Organe, Gebietskörperschaften oder sonstigen Selbstverwaltungskörper
überwiegende berechnete Interessen eines anderen (z. B. Datenschutz, Wahrung von Berufs- oder Geschäftsgeheimnissen)

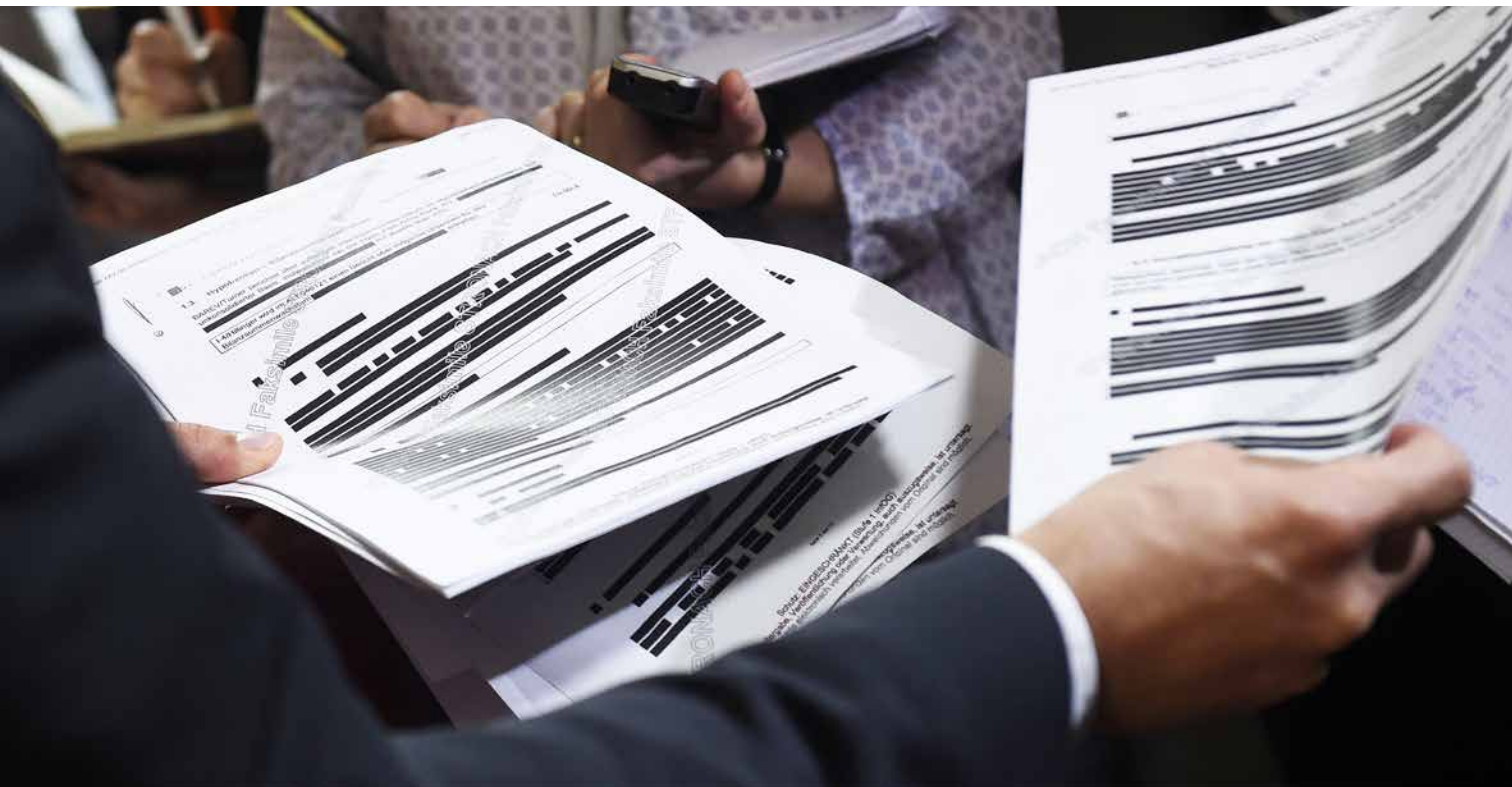
Wichtig: Das IFG fordert bei der Entscheidung darüber, ob eine Information der Geheimhaltung unterliegt, immer eine Abwägung. Das bedeutet, dass eine Interessenabwägung stattzufinden hat, die jedenfalls nachvollziehbar zu dokumentieren ist.

Herausforderungen in der Praxis

Aus unserer Sicht enthält das Gesetz eine Reihe unklarer Begrifflichkeiten, die bei der Implementierung in die Praxis für Unsicherheit und Probleme sorgen könnten. Ohne klare Definitionen sind die Kolleg:innen gezwungen, komplexe Interessen-

¹ Art. 20 Abs. 3 und 4 B-VG

² Zum Nachlesen der Stellungnahme einfach QR-Code im Kasten scannen.



abwägungen zu treffen, und ohne klare Vorgaben steigt das Risiko, gegen dienstliche Vorgaben zu handeln.

Die Umsetzung der neuen Regelungen wird außerdem unweigerlich zu einem Mehraufwand für die öffentlich Bediensteten führen – verursacht durch die aufwendige Aufbereitung von Informationen und die Bearbeitung von Anfragen sowie dem damit verbundenen Rechtsschutz. Zusätzliche personelle Ressourcen werden nicht nur bei der Datenschutzbehörde und den Gerichten, sondern auch bei den für die Umsetzung zuständigen Verwaltungsorganen notwendig sein.

Die Geheimhaltungspflicht kann sich auch nur auf Teile von Informationen beziehen. Das klingt pragmatisch, erfordert in der Praxis jedoch großen Aufwand: Jedes betroffene Dokument muss vollständig geprüft, juristisch bewertet und bearbeitet werden – ein zeitintensiver Prozess, der entsprechend geschultes Fachpersonal erfordert.

Absicherung für Kolleg:innen

Mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses verschiebt sich die Verantwortung für die Einschätzung von Geheimhaltungsgründen auf die einzelnen Be-

Ob eine Information im Sinne des kürzlich in Kraft getretenen Gesetzes veröffentlicht werden darf bzw. muss oder sie der Geheimhaltung unterliegt, muss im Zweifel abgewogen und dokumentiert werden.

diensteten. Die GÖD hat daher wiederholt die Möglichkeit gefordert, in rechtlich heiklen Fällen eine verbindliche Vorabentscheidung durch eine zuständige Stelle einholen zu können. Bei Unsicherheiten empfiehlt es sich jedenfalls, die Führungskraft einzubeziehen und entscheiden zu lassen.

Transparenz mit Augenmaß

Das IFG bietet Chancen für Offenheit und Beteiligung. Doch für die operative Umsetzung sind klar definierte gesetzliche Vorgaben, ausreichende Ressourcen und rechtliche Absicherung für jene, die jeden Tag Transparenz ermöglichen sollen, unabdingbar. ■



Hier geht's zur Stellungnahme der GÖD zum Begutachtungsentwurf des neuen Gesetzes.

Helmpflicht bei E-Bikes?

Der Oberste Gerichtshof hat erstmals eine Entscheidung zur Frage getroffen, welche Konsequenzen es hat, wenn bei einem Unfall mit einem E-Bike kein Helm getragen wurde.¹



Martin Holzinger
ist leitender
Zentralsekretär
der GÖD

In dieser Rechtsrubrik wird wiederholt die Rechtsfrage behandelt, ob es sich bei einem Unfall um einen Dienst- bzw. Arbeitsunfall (im Folgenden: Arbeitsunfall) handelt oder eben nicht. Arbeitsunfälle sind Unfälle, die sich im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der die Versicherung begründenden Beschäftigung ereignen.² Arbeitsunfälle sind auch Unfälle, die auf einem mit der beruflichen Beschäftigung zusammenhängenden Weg zur oder von der Arbeits-

oder Ausbildungsstätte passieren („Wegunfall“).³ Grundsätzlich ist nur der direkte Weg zur oder von der Arbeitsstätte nach § 175 Abs 2 Z 1 ASVG versichert. Das wird in der Regel die streckenmäßig oder zeitlich kürzeste Verbindung zwischen dem Ausgangspunkt und dem Zielpunkt des Arbeitsweges sein, wobei der Versicherte zwischen diesbezüglich im Wesentlichen gleichen Verbindungen frei wählen kann.⁴ Auf einem längeren Weg („Umweg“) besteht nur dann Versicherungsschutz, wenn der an sich kürzeste Weg unter Bedachtnahme auf das benützte private oder öffentliche Verkehrsmittel entweder überhaupt nicht (z. B. wegen einer Verkehrssperre) oder nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen (z. B. Witterungs-, Straßen- oder Verkehrsverhältnissen) benützt werden konnte. Ein allein oder überwiegend in privatwirtschaftlichem Interesse gewählter Umweg ist nicht versichert.⁵



Auf einen Blick

- Der Verzicht auf einen Helm beim Fahren eines E-Bikes gilt laut OGH als „Sorglosigkeit in eigenen Angelegenheiten“.
- Auch bei einem fremdverschuldeten Unfall ergibt sich so automatisch eine Mitschuld.
- Mitschuld setzt kein Verschulden im technischen Sinn oder rechtswidriges Handeln voraus.

Grundsätzlich kommt es bei der Frage, ob ein Unfall, der sich auf dem direkten Weg von der Wohnstätte zur Arbeitsstätte bzw. auf dem Retourweg ereignet, als Arbeitsunfall anerkannt wird, nicht auf die Wahl des benützten Verkehrsmittels an. In jüngerer Zeit hat sich der OGH jedoch damit auseinandergesetzt, ob die Benützung eines E-Scooters (elektrisch betriebener Roller) oder eines Monowheels (elektrisch betriebenes Einrad) die Anerkennung als Arbeitsunfall ausschließt, was er grundsätzlich bejaht hat (siehe die Artikel des Autors in der Ausgabe 1/2025 bzw. Ausgabe 5/2021). Der OGH hat sich – soweit ersichtlich – bis dato nicht mit der Frage befasst, ob die Benützung eines Fahrrades für die Wegstrecke von der Wohnstätte zur Arbeitsstätte und retour die Anerkennung als Arbeitsunfall ausschließen könnte. Diese Frage wird wohl eindeutig dahingehend zu beantworten sein, dass die Fahrradbenützung die Anerkennung als Arbeitsunfall nicht ausschließt. Der Verkauf von E-Bikes boomt ungebrochen. Nachdem bereits 2023 in Österreich erstmals mehr E-Bikes als nicht-elektrische Fahrräder verkauft wurden, haben die Verkaufszahlen weiter zugelegt. Der Marktanteil von E-Bikes am Gesamtmarkt lag 2024 bei 57 Prozent. Das ist eine nochmalige Steigerung vom Vorjahr um 5 Prozent und ist damit der höchste Wert in Europa.⁶

In der konkreten Entscheidung des OGH ging es jedoch nicht um die Frage, ob die Benützung eines E-Bikes Einfluss auf die Frage hat, ob es sich bei einem Unfall mit einem E-Bike um einen Arbeitsunfall handeln könnte. Hier wurde die Frage der Mitverschuldensabwägung im Zusammenhang mit dem Nichttragen eines Helmes näher behandelt. Nicht als Kraftfahrzeuge, sondern als Fahrräder im Sinne der Straßenverkehrsordnung gelten gemäß dem Kraftfahrzeuggesetz auch elektrisch angetriebene Fahrräder mit einer Nenndauerleistung von nicht mehr als 250 Watt und einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 km/h. Einer EU-Verordnung folgend sind unter „Fahrrad mit Antriebssystem“ Räder zu verstehen, die für den Pedalantrieb ausgelegt und mit einem Hilfsantrieb ausgerüstet sind, dessen Haupt-

zweck die Unterstützung der Pedalfunktion ist, wo die Leistung des Hilfsantriebs beim Erreichen einer Fahrzeuggeschwindigkeit von 25 km/h unterbrochen wird und die über eine maximale Nenndauerleistung oder Nutzleistung ≤ 1.000 Watt verfügen.⁷

Unfall mit schweren Verletzungen

Zum Sachverhalt: Ein E-Bike-Fahrer fuhr auf einem Radweg mit einer Geschwindigkeit von 20–25 km/h. Ein Autofahrer benutzte in unzulässiger Weise die Einfahrt einer Tankstelle als Ausfahrt, hielt jedoch vor dem Radweg. Die Annäherung des Radfahrers sah er zu spät, da seine Sicht durch eine Hecke beeinträchtigt war. Der Radfahrer prallte gegen das Auto und erlitt schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen. Daraufhin klagte der Radfahrer den Autofahrer. Er brachte unter anderem vor, dass er nicht „sportlich ambitioniert“ unterwegs gewesen war. Er war auf einem Radweg unterwegs, das E-Bike sei in der konkreten Situation nicht anders zu bewerten als ein „normales“ Fahrrad. Es besteht keine gesetzliche Helmpflicht für Erwachsene. Ihn treffe durch das Nichttragen eines Helmes kein Mitverschulden. Das Erstgericht traf die Feststellung, dass 62 Prozent der Erwachsenen beim E-Bike-Fahren einen Helm tragen, jedoch nur 33 Prozent beim „normalen“ Fahrradfahren, es besteht bei E-Bikern ein allgemeines Bewusstsein zum Tragen eines Helmes. Das Erstgericht rechnete dem Kläger ein Mitverschulden von 20 Prozent zu, obwohl der Unfall vom Autolenker allein verursacht wurde. Das Berufungsgericht hingegen verneinte das Mitverschulden, ein E-Bike sei nicht anders zu behandeln als ein „normales“ Fahrrad. Ein allgemeines Bewusstsein von der Wichtigkeit des Tragens eines Fahrradhelmes lasse sich aus den getroffenen Feststellungen nicht ableiten.

Der OGH beurteile den Sachverhalt so, dass ein Mitverschulden⁸ des Klägers vorlag, weil kein Helm getragen wurde. Dieses setzt kein Verschulden im technischen Sinn oder rechtswidriges Handeln voraus. Er verwies auf vergleichbare Judikate. Ein sogenanntes „Helmmitverschulden“ liegt z. B. dann nicht vor, wenn sich ein Unfall auf einem Radweg mit einem „normalen“ Fahrrad und einer Geschwindigkeit von bis zu 20 km/h ereignet.⁹ Der OGH argumentierte auch mit Entscheidungen zur Motorradschutzkleidung, die ebenfalls gesetzlich nicht vorgeschrieben ist. Ein einsichtiger und vernünftiger Motorradfahrer trägt auch bei einer nur kurzen Überlandfahrt entsprechende Schutzkleidung. Diesbezüglich hat sich



ein entsprechendes Bewusstsein des beteiligten Verkehrsteilnehmerkreises gebildet.¹⁰ Hingegen wurde bei einem Unfall mit einem elektrisch unterstützten Rollstuhl, wo die körperlich beeinträchtigte Person den Beckengurt nicht verwendete, so entschieden, dass sich hier kein allgemeines Bewusstsein unter Rollstuhlfahrenden über die Verwendung solcher Gurte herausgebildet hat. E-Bikes weisen gegenüber konventionellen Fahrrädern durch die Motorverstärkung und wegen des höheren Gewichtes bauliche Abweichungen auf. Diese erfordern einen graduell höheren Sorgfaltsmaßstab, daraus resultiert ein frühzeitiges Bremsverhalten und eine erhöhte Vorsicht bei Berg- und Kurvenabfahrten. Es treten besondere Gefahrenmomente im Vergleich zu Fahrrädern ohne Motor hinzu. Deshalb ist auch die Helmtragequote bei E-Bike-Fahrenden wesentlich höher. Insgesamt ist damit eine Obliegenheit zum Helmtragen für E-Biker zu bejahen, das Nichttragen eines Helmes ist als „Sorglosigkeit in eigenen Angelegenheiten“ zu bewerten, womit sich das Mitverschulden ergibt. Im konkreten Fall wirkte sich das auf die Höhe der Schmerzensgeldansprüche aus. Die weiteren Ersatzansprüche (z. B. Schadenersatz) wurden jedoch nicht geschmälert.

Fazit: Um sich diesbezügliche rechtliche Auseinandersetzungen zu ersparen, wird allen E-Bike-Fahrenden empfohlen, bei den Ausfahrten immer einen Helm zu tragen, auch wenn sie damit nur gemütlich „dahin cruisen“¹¹.

¹ OGH 25. 3. 2025, 2 Ob 15/25g.

² § 175 Abs 1 ASVG, § 90 Abs 1 B-KUVG.

³ § 175 Abs 2 Z 1 ASVG, § 90 Abs 2 Z 1 B-KUVG.

⁴ RS0084838.

⁵ OGH 27. 3. 1990 10 ObS 39/90.

⁶ die-wirtschaft.at/meldungen/verkaufszahlen-oesterreich-ist-e-bike-europameister/

⁷ Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013.

⁸ Mitverschulden iSd § 1304 ABGB.

⁹ OGH 27. 11. 2020, 2 Ob 8/20w.

¹⁰ OGH 12. 10. 2015, 2 Ob 119/15m.

¹¹ dwds.de/wb/cruisen – ohne bestimmtes Ziel (gemächlich) herumfahren oder -gehen (um andere zu sehen und selbst gesehen zu werden)

Mitwirkung bei betrieblichen Änderungen

Handlungsspielräume des Betriebsrats beim Abschluss von Sozialplänen



Stefan Jöchtl
ist Leiter der Rechts-
abteilung der GÖD

Betriebsänderungen

Nicht bei jeder betrieblichen Änderung muss die Belegschaft (repräsentiert durch den Betriebsrat oder die Personalvertretung) eingebunden sein, auch wenn das grundsätzlich ratsam ist.

Es müssen aber wesentliche Änderungen im betrieblichen Ablauf, die sich auf die Beschäftigten auswirken, vor der Umsetzung angekündigt (und nötigenfalls verhandelt) werden.¹

Ebenso müssen bestimmte punktuelle Maßnahmen², die im Zuge einer solchen Änderung auftreten können, dem Betriebsrat oder der Personalvertretung vorab mitgeteilt und allenfalls gesondert verhandelt werden.

In Betrieben muss überdies der Betriebsinhaber den Betriebsrat über die wirtschaftliche Lage laufend informieren.³ In diesem Rahmen ist auch über beabsichtigte Betriebsänderungen zu informieren.⁴ Eine Betriebsänderung, die eine Befassung des Betriebsrates jedenfalls erfordert, liegt insbesondere vor, wenn der ganze Betrieb oder Teile davon eingeschränkt oder stillgelegt werden sollen, beabsichtigte Auflösungen von Arbeitsverhältnissen eine Meldepflicht an das Arbeitsmarktservice⁵ auslösen, der ganze Betrieb oder Teile verlegt werden sollen,

ein Zusammenschluss mit anderen Betrieben erfolgen soll, neue Arbeitsmethoden eingeführt oder Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen von erheblicher Bedeutung erfolgen sollen sowie auch bei einer Änderungen der Rechtsform oder der Eigentumsverhältnisse an dem Betrieb.

Die Information an den Betriebsrat hat dabei so rechtzeitig und so umfassend zu erfolgen, dass dieser die möglichen Auswirkungen der geplanten Maßnahme eingehend bewerten und eine Stellungnahme zu der geplanten Maßnahme abgeben kann. Auf Verlangen des Betriebsrates ist mit diesem über die Gestaltung zu beraten. Dabei kann der Betriebsrat Vorschläge zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung von für die Arbeitnehmer nachteiligen Folgen von Maßnahmen erstatten.

Sozialplan

Nur in Betrieben mit dauernd zumindest 20 Arbeitnehmern⁶ können Maßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung dieser Folgen durch einen Sozialplan, der rechtlich in Form einer Betriebsvereinbarung vereinbart wird, geregelt werden.⁷

Mit einem Sozialplan sollen also bei der Betriebsänderung auftretende negative Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmer abgefedert werden. Voraussetzung dafür, dass ein Sozialplan abgeschlossen werden kann, ist das Entstehen von wesentlichen Nachteilen für zumindest erhebliche Teile der Beschäftigten. Es müssen also die im Rahmen der Betriebsänderung auftretenden Nachteile für die Belegschaft insgesamt eine gewisse Erheblichkeit erreichen. Nur für einzelne Beschäftigte auftretende, auch erhebliche Nachteile, ermöglichen nicht den Abschluss eines Sozialplans.

Ein Nachteil wird vor allem dann vorliegen, wenn sich das Einkommen oder andere geldwerte Vorteile (daher also auch der Entfall von bisher gewährten freien Tagen oder eines Jobtickets) verringern. Wann eine Einkommensreduktion als wesentlich zu



Auf einen Blick

- Vor wesentlichen Betriebsänderungen ist die Belegschaftsvertretung zu informieren.
- Zur Abmilderung von wesentlichen Nachteilen kann in Betrieben mit Betriebsrat ein Sozialplan abgeschlossen werden.
- Die konkreten Maßnahmen sind im Einzelfall zu vereinbaren.



beurteilen ist, ist gesetzlich nicht näher festgelegt und muss im Einzelfall bewertet werden, wobei dies (in Analogie zum Schwellwert bei der Beurteilung einer Kündigung als sozialwidrig) bei Einbußen unter 10 Prozent kaum anzunehmen ist. Die Bewertung etwaiger Nachteile für den einzelnen Arbeitnehmer muss dabei in einer gesamthaften Betrachtung erfolgen, dabei sind auch allenfalls auftretende Vorteile zu berücksichtigen und gegenüberzustellen. Die Nachteile können aber auch immaterieller Natur sein, wie etwa eine Verlängerung des Arbeitsweges oder die Umstellung der Arbeitszeit.

Diese wesentlichen Nachteile müssen sich dann auch bei einer größeren Anzahl der Arbeitnehmer konkret (also nicht im Sinne einer Durchschnittsberechnung⁸) auswirken. Wann dieser Schwellwert erreicht ist, wird unterschiedlich beurteilt. In der einen Richtung wird dieser aber kaum unter einer Grenze von 10 Prozent der Belegschaft angenommen werden können, in der anderen Richtung wird man nicht verlangen können, dass die Mehrheit der Beschäftigten erheblich betroffen sein muss.

Wenn die Voraussetzungen für den Abschluss eines Sozialplanes vorliegen, kann dessen Abschluss auch über die Errichtung einer Schlichtungsstelle erzwungen werden, darüber also eine Entscheidung mit Bescheid erwirkt werden, der eine nachprüfende Kontrolle durch das Bundesverwaltungsgericht und die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts er-

möglicht. Natürlich kann im Hinblick auf die im Einzelfall zu beurteilenden Schwellwerte ein einvernehmlicher Abschluss eines Sozialplanes grundsätzlich bei jeder erheblichen Betriebsänderung erfolgen.

Maßnahmen

Typische Maßnahmen, die ein Sozialplan umfasst, sind vor allem zusätzliche soziale Leistungen im Sinne von finanziellen Unterstützungsmaßnahmen, aber natürlich auch Begünstigungen bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen, wenn diese im Zuge der Betriebsänderung auftreten, sowie Umschulungs- oder Weiterbildungsangebote oder die Abfederung von Verlusten oder höheren Kosten (z. B. Fahrtkostenersatz oder Einrechnung von Fahrzeiten in die Arbeitszeit bei Verlegung der Arbeitsstätte), dies zumindest für einen Übergangszeitraum. ■

¹ Siehe generell § 92 Abs 1 ArbVG bzw § 9 Abs 2 lit a PVG.

² So etwa Versetzungen.

³ § 108 ArbVG.

⁴ Für den Bereich der Personalvertretung bestehen auch punktuelle Mitwirkungsrechte, vgl zB § 9 Abs 2 lit d sowie § 9 Abs 3 lit I PVG.

⁵ § 45a AMFG „Frühwarnsystem“.

⁶ Personenbezogene Bezeichnungen umfassen in unseren Rechtstexten zum besseren inhaltlichen Verständnis gleichermaßen Personen jeden Geschlechts.

⁷ Für den Bereich des Bundesdienstes besteht aber eine gesetzliche Regelung zur Abfederung von Organisationsänderungen in § 113e GehG.

⁸ VwGH Ro 2024/12/0002.

Sehr geschätzte Kollegin! Sehr geschätzter Kollege!



Johann Büchinger
ist Vorsitzender der
Bundesvertretung der
Pensionistinnen und
Pensionisten in der GÖD

Der Sommer mit den heißen Nächten ist vorüber und der schöne Herbst mit kühleren Nächten beginnt. Bei vielen Großmüttern und Großvätern steht nun wieder das Abholen der Enkelkinder vom Kindergarten oder von der Schule auf der Tagesordnung. Das ist für viele Großeltern eine großartige Aufgabe, aber auch eine große Herausforderung und Verantwortung. Es ist aber auch eine Chance, jung zu bleiben.

Herausforderungen für Seniorinnen und Senioren

Vor dem Sommer gab es einige Veranstaltungen, wie man gesund älter werden kann und wie wir zukünftige Herausforderungen meistern können. Bundesratspräsidentin Dr.ⁱⁿ Andrea Eder-Gitschthaler hat die Enquete „Miteinander wachsen – Brücken der Generationen bauen“ im Parlament abgehalten. Außerdem hat die Bundesleitung der GÖD-Pensionistinnen und -Pensionisten ein Forum mit Univ.-Prof. Dr. Kolland zum Thema „Gesund alt werden“ in Wien veranstaltet. Bei der Enquete im Parlament diskutierten Expertinnen und Experten mit Politikerinnen und Politikern über das Miteinander von Alt und Jung. In einer Zeit tiefgreifender Veränderungen sei dies eine wesentliche Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Vor allem der demografische Wandel stelle das Pensionssystem vor großen Herausforderungen und verlange nachhaltige Lösungen. Auch für die Kolleginnen und Kollegen gibt es immer wieder Überraschungen, mit denen sie nicht gerechnet haben. Ein Großteil der Menschen, die in Pension gehen, freut sich auf den verdienten Ruhestand. Dieser Übergang bedeutet jedoch auch ei-

nen tiefgreifenden Wandel, sozial wie finanziell. Für manche Menschen ist dies schwierig. Sie müssen Ersatz für das Positive finden, das Beruf und Arbeit für sie waren, und mit veränderten Strukturen, Status und Sozialkontakten umgehen. Das Positive ist, dass man den vielen geliebten Hobbys nachgehen oder sich neue Herausforderungen suchen kann. Endlich kann man die neugewonnene Freizeit verplanen, Kultur genießen und auf Reisen gehen, für die früher wenig Zeit geblieben ist.

Altersgerecht wohnen

Soll ich für den neuen Lebensabschnitt meine Wohnung, mein Haus verändern? Bin ich mit meiner derzeitigen Wohnsituation zufrieden? Habe ich eine Wohnsituation, die mir Sicherheit und ein selbstständiges Leben auch im höheren Alter ermöglicht? Ist meine Wohnung und das Wohnumfeld so gestaltet, dass es meinen Bedürfnissen gerecht wird?

Mit diesen Fragen sind vielschichtige Herausforderungen verbunden, wie etwa die barrierefreie Gestaltung des Wohnraums. Dabei kommt es auf vieles an: Ist das Bad altersgerecht ausgestattet? Wie leicht erreiche ich von meinem Zuhause öffentliche Verkehrsmittel? Sind Geschäfte des täglichen Bedarfs in der Nähe? Gibt es stufenlose Zugänge, breite Türen? Gibt es in meiner Wohnung rutschsichere Böden? Ist die Infrastruktur in meiner Wohngegend so ausgestattet, dass ich mich auch im hohen Alter noch wohlfühle. All diese Fragen sollte man sich stellen, solange man selbst noch fit genug ist, um erforderliche Anpassungen und Veränderungen durchzuführen.

Ich wünsche Ihnen/Dir einen schönen Herbst mit vielen angenehmen, interessanten Herausforderungen.

Mit kollegialen Grüßen
Johann Büchinger





Die Teilnehmerinnen
und Teilnehmer der
GÖD-Bildungsreise
nach Bamberg.

Bamberg – Stadt der „Zwiebeltreter“

Bildungsreise der GÖD-Pensionisten in die Region Franken vom 5. bis zum 9. Mai



Armin Brunner
ist Landesvorsitzender
der Landesvertretung
Pensionisten
Vorarlberg in der GÖD

Franken – das ist die Währung unserer Schweizer Nachbarn und in Deutschland der nördliche Teil von Bayern. Die Anreise führte zunächst nach Ansbach, dem ehemaligen Sitz der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Die Stadt überzeugt durch beeindruckende Denkmäler und Gebäude, insbesondere durch die Residenz mit ihren 27 Prunkräumen. Schließlich erreichten wir Bamberg, den Hauptort unserer Bildungsreise. Im Jahr 902 wurde das „Castrum Babenberch“ – auf dem heutigen

Dom-Berg – zum ersten Mal benannt; es gehörte dem Geschlecht der älteren Babenberger. 1007 erfolgte die Gründung des Bistums Bamberg mit weitreichenden Gütern, unter anderem in Kärnten. Der im Jahr 1040 ernannte Bischof wurde zu Papst Clemens II., der gleichzeitig Bischof blieb und im Bamberger Dom beerdigt wurde – dies war durchaus unüblich! Im 13. Jahrhundert erhielt Bamberg – inzwischen ein Hochstift – auch die weltliche Macht über das Territorium. Die Thesen Luthers führten im katholischen Bistum dann zu gewaltsamen Aufständen. Bamberg war eines der Zentren der Hexenverfolgung und im

30-jährigen Krieg litt die Bevölkerung sehr unter den schwedischen Truppen. In der Barockzeit, insbesondere unter den Fürstbischöfen Schönborn, erlebte die Stadt eine kulturelle Hochblüte.

Im 2. Weltkrieg wurde die Altstadt sehr in Mitleidschaft gezogen und gehörte seit April 1945 zur amerikanischen Besatzungszone. 1993 wurde Bamberg mit den Landschaftsteilen Berggebiet, Inselstadt und Gärtnerviertel UNESCO-Weltkulturerbe.

Das Gärtnerviertel ist eine fruchtbare Talsenke, die früher vor allem dem Zwiebelanbau diente. Zur besseren Ausbeute der Felder wurden die Zwiebelhalme mit Brettern an den Schuhen geknickt, weswegen Bamberg als Stadt der Zwiebeltreter gilt.

Zur Stadtführung gehörten eine Schifffahrt auf dem Main, eine Dom-Führung und eine Bierprobe. Die geplante Fahrt über Bayreuth zur Basilika Vierzehnheiligen konnte wegen eines Polizeieinsatzes nicht durchgeführt werden.

Ein würdiger Ersatz war die Fahrt zum Kloster Ebrach: erstes rechtsrheinisches Zisterzienser-Kloster in Deutschland, zu dessen Mitstiftern der spätere Staufer-König Konrad III. zählt. Das Kloster beherbergte zeitweise über einhundert Mönche und ging in seiner Geschichte durch Höhen, Tiefen und Zerstörungen. Die erhalten gebliebenen Gebäude dienen heute als Justizvollzugsanstalt. ■



Der ao. Univ.-Prof.
Mag. Dr. Franz
Kolland bei seinem
Vortrag.



Johann Büchinger
eröffnete die
Veranstaltung.

Gesundheit erhalten beim Älterwerden

Am 19. Mai fand im GÖD-Mediencenter das 4. GÖD-Pensionisten-Forum statt



Ingrid Chreiska
ist Referentin für
Öffentlichkeitsarbeit
und Medien

Der Vorsitzende der GÖD Pensionistinnen und Pensionisten, Johann Büchinger, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Anwesenden.

Über das Thema „Gesund alt werden?“ referierte ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Franz Kolland.

Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt und das Publikum hörte einen interessanten und pointenreichen Vortrag.

Das erste Statement des Vortragenden bezog sich darauf, dass

Langlebigkeit eine der bahnbrechenden Errungenschaften moderner Gesellschaften ist, wobei oft nicht hinterfragt wird, ob ein längeres Leben auch immer besser ist. In diesem längeren Leben wird der Gesundheit eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Die Bereitschaft, mit Beeinträchtigungen zu leben, ist gering. Es findet eine Veränderung zu einer Gesellschaft der Langlebigkeit statt, die die Vorteile eines längeren Lebens durch Veränderungen in der Art und Weise, wie wir altern, nutzt. Dabei geht es um eine Verzögerung der negativen Auswirkungen des Alterns, wobei die Gesundheitsvorsorge von großer Bedeutung ist. Die Langlebigkeit stellt eine neue Phase für die Menschheit dar und führt dazu, dass tief verwurzelte stereotype Vorstellungen über das Alter und das Altern in Frage gestellt werden.

In weiterer Folge beschäftigte er sich mit dem Thema Gesundheit im Alter. Da die Gesundheitsdefizite mit zunehmendem Alter häufiger werden, wird auf das Management derselben großes Augenmerk ge-

legt. Studien aus dem Jahre 2019 belegen, dass die gesunde Lebenserwartung bei Frauen 64,7 Jahre und bei Männern 63,1 Jahre beträgt. Die physische Aktivität verlängert das Leben. Eine amerikanische Studie aus dem Jahr 2020 belegt, dass bei Personen, die täglich bis zu 8.000 Schritte machten, die Sterblichkeit um 51 Prozent niedriger lag, als bei Personen, die täglich nur 4.000 Schritte machten. Neben gezielter Bewegung ist eine ausreichend trainierte Muskulatur eine zentrale Voraussetzung für den Erhalt von Gesundheit, Selbstständigkeit und Lebensqualität bis ins hohe Alter. Der Rückgang von Muskelmasse und -funktion führt zu Gebrechlichkeit, Schwäche und Balancestörungen. Die Folge können Stürze und Knochenbrüche sein.

Körperliche Aktivität ist aber nur ein Faktor, der das Wohlbefinden im Alter beeinflusst. Die anderen Aspekte wie psychosoziale oder kognitive Einflüsse dürfen nicht vernachlässigt werden. So gilt zum Beispiel Einsamkeit als Risikofaktor für Demenz. Aber ist die Partnerschaft eine Lösung? 41 Prozent aller Paare, die länger als 30 Jahre verheiratet sind, bezeichnen sich als unzufrieden. Zu zweit einsam? Wie schaut es mit der Familie aus? Ist sie die Lösung? Sind soziale Beziehungen nur auf die Familie beschränkt, so führt auch dies zu einer ungünstigen Wirkung. Die Familie kann dann „toxisch“ sein, wenn sie überbeschützt, sorglos ist, Kontakte zu Außenstehenden meidet, den Familienmitgliedern keine Freiräume erlaubt und Anderssein nicht zulässt.

In der Nachbarschaft liegt eine der Lösungen, wobei schon Grüßen das Wohlbefinden und die Lebensqualität steigert. Wer drei bis fünf Personen täglich grüßt, ist nach Krankheiten rascher gesund,

hat weniger Stress und arbeitet besser. (Anmerkung der Autorin: Wer beim Grüßen lächelt, aktiviert bis zu 53 Gesichtsmuskeln und die Durchblutung im Gehirn verbessert sich.)

Welche Wirkung hat die Internet-Nutzung auf eine Generation, die analog aufgewachsen ist?

- **Kognitiver Schutz:** Die Nutzung digitaler Technologien ist mit einem um 58 Prozent geringeren Risiko für kognitive Beeinträchtigungen verbunden.
- **Geistige Stimulation:** Die Beschäftigung mit sich weiterentwickelnden Technologien kann das Gehirn trainieren und die Problemlösungs- und Anpassungsfähigkeit verbessern.
- **Soziale Unterstützung:** Tools wie Videoanrufe und Messaging verringern die Isolation und fördern die Gesundheit des Gehirns durch mehr soziale Interaktion. Gute soziale Beziehungen (Zahl und Qualität) können das Altern um ein bis zwei Jahre verzögern.

Was hat es mit der Weisheit des Alterns auf sich?

- Weisheit gleicht die eigenen Interessen mit dem Allgemeinwohl aus, wobei Selbsttranszendenz und Mitgefühl im Vordergrund stehen.
- Zu weisem Altern gehört ein realistisches Bewusstsein der abnehmenden eigenen Kontrollmöglichkeiten und der eigenen Verbundenheit mit und Abhängigkeit von anderen Menschen.
- Kluges Altern beinhaltet die Fähigkeit, die Freuden des Lebens zu schätzen und zu genießen, aber auch negativere Emotionen zu akzeptieren und anzunehmen. ■

Quelle: Der Inhalt des Artikels ist eine Zusammenfassung der PowerPoint-Präsentation von Univ.-Prof. Dr. Franz Kolland.

Die vollständige Präsentation finden Sie unter:



goed.at/fileadmin/user_upload/Vortrag_Kolland_19-05-2015.pdf



oder unter:

penspower.goed.at/aktuelles/news
– bitte auf „Nachlese zum 4. Pensio-
nistenforum“ klicken



Die Wandergroupe vor der restaurierten Pendl-Schmiede.

Seminarwoche „Gesund durch Bewegung“

**Besuch vom 19. bis 23. Mai 2025
im wanderbaren Yspertal**

Wanderbegeisterte aus Tirol, Niederösterreich und Wien haben sich am 19. Mai 2025 um die Mittagszeit im Gasthof-Hotel „Zur Linde“ in der Marktgemeinde Yspertal eingefunden, um das südliche Waldviertel per pedes zu erkunden. Unter der Leitung der ortskundigen Wanderführer Fritz und Walter begann das Wochenprogramm schon am Nachmittag mit der Erkundung der näheren Umgebung. Bis Freitag, den 23. Mai standen Wanderungen durch die Ysperklamm mit Saurüsselwand, die Tagestour „Herzstein – Totenkopf – Drachenschwanz – Burgsteinmauer“ und die „Vier-Teiche“-Tour auf dem Programm. Am letzten Tag wurden das urzeitliche Grab und die Römerbrücke als Abschluss der intensiven Wochen bestaunt.

Viele der keltischen Opferplätze und Informationen über die Geschichte der Region wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nähergebracht. Revierförster Trummer informierte uns über die forstwirtschaftliche Nutzung und den Wildbestand. Die Wandergroupe hat in dieser Woche insgesamt 54 km und 1.200 Höhenmeter mit großer Begeisterung bewältigt. Eine Nachfolgeveranstaltung wurde von allen eingefordert.

Unser Dank gilt dem Hotelpersonal für großartige Bedienung, Küche und Unterkunft, unseren Wanderführern, der Organisation und dem lieben Petrus, der uns nur an einem Tag mit Regen übergießen hat lassen. Und dazu muss man wissen: „Mairegen bringt Jahresseggen!“ ■



Karlheinz Fiedler
ist Vorsitzender-Stv.
der BV22



Buchen Sie jetzt Ihre Auszeit

- Erholungsurlaub zu günstigen Preisen für GÖD-Mitglieder
- Preise für Nichtmitglieder auf Anfrage

Buchungen:

Tel.: 01/534 54 DW 274

E-Mail: info@goed-hotels.at

Freie Termine auf Anfrage

Preise und Details finden Sie
online unter:

goed-hotels.at



Bezahlung: Erfolgt per Online-Überweisung oder Kreditkartenzahlung. In unserem Alpenhotel Moaralm und in unserem Hotel Sportalm ist auch eine Bezahlung vor Ort mittels Bankomatkarte, Kreditkarte oder in bar möglich. Im Appartementhaus Kirchberg ist nur Barzahlung möglich.

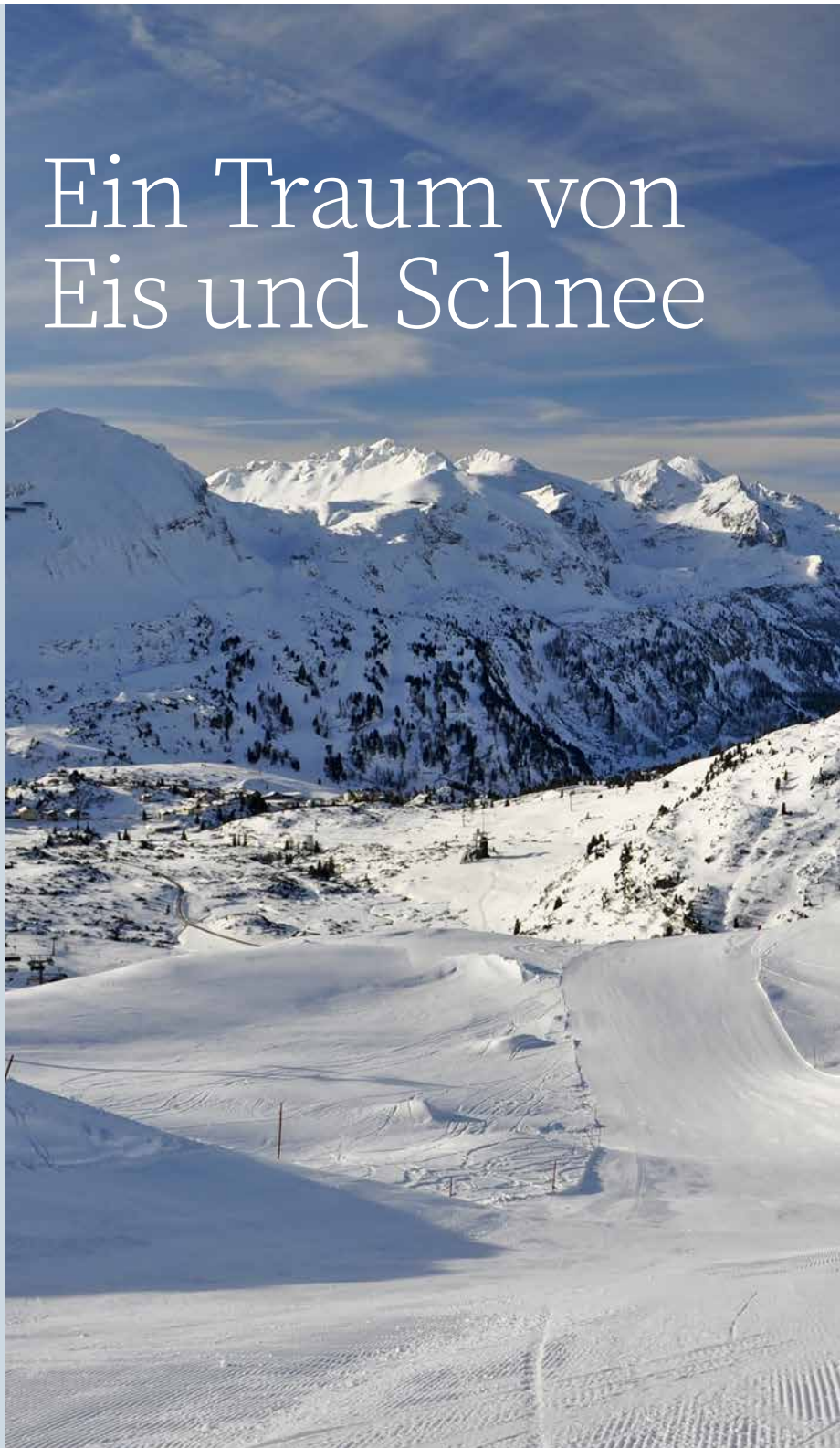
Stornierung: Es gelten die allgemeinen Stornobedingungen:
Bis 61 Tage vor Anreise können Sie kostenlos stornieren.

Ab 60 bis 31 Tage vor Anreise beträgt die Stornogebühr 40% des Buchungspreises.

Ab 30 bis 8 Tage vor Anreise beträgt die Stornogebühr 70% des Buchungspreises.

Bei einer Absage innerhalb der letzten Woche vor Anreise oder bei frühzeitiger Abreise stellen wir Ihnen 100% des Buchungspreises in Rechnung.
Gerichtsstand Wien

Ein Traum von Eis und Schnee





APPARTEMENTHAUS KIRCHBERG

Kirchberg in Tirol

Wintersaison: 20. Dezember 2025 bis 7. April 2026

Wer schon jetzt vom Winterurlaub träumt, findet im familienfreundlichen Appartementhaus im Brixental das perfekte Schneeparadies. Eingebettet in die Kitzbüheler Alpen erwarten Sie traumhafte Pisten, romantische Winterlandschaften und jede Menge Action für Groß und Klein – für einen Winter, den man nie vergisst.



HOTEL SPORTALM

Maria Alm, Salzburg

**Wintersaison: 15. Dezember 2025 bis
25. April 2026**

Outdoorfans sind in der Sportalm in Maria Alm bestens aufgehoben. Im Winter lassen 120 Pistenkilometer, präparierte Loipen und Tourenski-Routen keine Wünsche offen. Hier finden Sportler:innen jeder Könnensstufe die passende Herausforderung. Genießen Sie das verschneite Panorama am Hochkönig und die anschließende Entspannung in unserer Wellness-Oase gleichermaßen.



ALPENHOTEL MOARALM

Obertauern, Salzburg

**Wintersaison: 28. November 2025 bis
26. April 2026**

Für Urlauber:innen, die im Winter eine perfekte Mischung aus sportlichem Vergnügen und herzlicher Gastfreundschaft erleben wollen: Im Hotel Moaralm starten Sie direkt ins Pistenabenteuer. In Obertauern erwarten Sie rasante Abfahrten, Freeride-Routen und ein Snowpark. Anschließend laden Sauna und Dampfbad zur verdienten Erholung ein.

Bildungsreise

AUF ENTDECKUNGSTOUR IN PARLAMENT UND TIERGARTEN SCHÖNBRUNN

Die Auszubildenden der Steiermärkischen Landespolizei bei ihrem Besuch in Wien.

Im Juni erlebten die Lehrlinge der Landespolizeidirektion Steiermark einen ereignisreichen Tag, der sie vom Tiergarten Schönbrunn bis ins Herz der österreichischen Demokratie führte. Begleitet wurden sie von der Lehrlingsausbilderin Generalin Sandra Ettl und der Lehrlingsbeauftragten der Landespolizeidirektion Steiermark Kontrollorin Kornelia Krieger. Der Besuch wurde großzügig von der Polizeigewerkschaft finanziert – eine willkommene Unterstützung, da budgetäre Einschränkungen solche Ausflüge erschweren. Der Tag startete im Tiergarten Schönbrunn. Anschließend ging es weiter zum Höhepunkt des Tages: dem Parlament. Die Führung „Lehrlinge im Parlament“ begeisterte die Teilnehmenden. Sie wurde als äußerst lehrreich und beeindruckend beschrieben. Besonders hervorzuheben war die Wertschätzung, die den Lehrlingen entgegengebracht wurde, sowie die Möglichkeit, wichtige Details zu erfahren, die für die bevorstehende Lehrabschlussprüfung von Relevanz sind. Dieser besondere Ausflug vermittelte den Lehrlingen wertvolle Einblicke und das Gefühl, geschätzt zu werden – wichtige Erfahrungen auf ihrem Weg zum erfolgreichen Berufsabschluss.

Nachwuchsförderung

BUNDESWETTBEWERB METALL

Die Bundesmeisterschaft für polytechnische Schulen im Fachbereich Metall fand 2025 erstmals in Wien statt. Harald Hössel, Landesfachbereichsleiter Metall Wien, organisierte das Wettfeiern der Nachwuchstalente. Die GÖD unterstützte den zweitägigen Wettbewerb als Sponsor und wurde bei der Siegerehrung von Thomas Krebs, Vors.-Stv. der GÖD-Bundesleitung der Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer, vertreten. Bei der Fertigung eines Werkstücks stellten die Teilnehmer:innen ihre Fertigkeiten im Messen, Sägen, Feilen, Bohren

und Gewindeschneiden unter Beweis. Der Wettbewerb zeigte nicht nur das handwerkliche Können der jungen Fachkräfte, sondern

machte auch deutlich, wie wichtig die enge Zusammenarbeit von Schulen, Betrieben und Ausbildungseinrichtungen ist.



Thomas Krebs (li.), Harald Hössel (hintere Reihe, Mitte) zusammen mit den Unterstützern und Teilnehmer:innen des Bundeswettbewerbs Metall.



Die wunderschöne Natur rund um Salzburg
sorgt für Momente voller Urlaubsgefühle.

Ausflugsziel

DIE SCHÖNHEIT SALZBURGS UND DES SALZKAMMERGUTS

Mit den fünf Attraktionen der Salzburg AG Tourismus wird jeder Ausflug zum unvergesslichen Erlebnis: Mit der SchafbergBahn geht es auf den markanten Schafberg auf über 1.700 Meter Höhe. Wer lieber auf dem Wasser als auf Berggipfeln entspannt, macht mit der WolfgangseeSchiffahrt eine Rundfahrt über den glitzernden See.

Alle Infos zu den verschiedenen Erlebnissen, exklusiven **Rabatten für GÖD-Mitglieder von bis zu 50 Prozent** und Hinweisen zu Aktionszeiträumen, Fahrplänen, Öffnungszeiten und Buchung finden Interessierte auf



goedvorteil.at und



5schaetze.at.



Konzert

HOLLYWOOD-SOUNDS LIVE IN WIEN

Weltweit füllt Hans Zimmer mit seiner Musik die größten Kino- und Konzertsäle. Von den heroischen Klängen des Films „Gladiator“ bis zu den berühmten Liedern aus „Der König der Löwen“ und den mitreißenden Melodien von „Fluch der Karibik“: Mit „The Best of Hans Zimmer in Concert“ in der Wiener Stadthalle widmen die Cinema Festival Symphonics dem Werk des zweifachen Oscar-Preisträgers einen Abend voll Gänsehautmomenten. Am 27. Dezember 2025 wer-

den dem Publikum Klangwelten und musikalische Höhepunkte geboten, die durch eindrucksvolle Lichteffekte und Leinwand-Animationen noch verstärkt werden. **GÖD-Mitglieder erhalten 15 Prozent Rabatt** mit dem Aktionscode goed auf Vollpreistickets der Kategorien A–D.

Mehr Infos gibt es unter

stadthalle.com/de/events/alle-



[events/51030/The-Best-of-Hans-Zimmer-in-Concert](https://stadthalle.com/de/events/alle-events/51030/The-Best-of-Hans-Zimmer-in-Concert)



Die Jubilarinnen und Jubilare der GÖD-Steiermark feierten gemeinsam ihre langjährigen Mitgliedschaften in der Gewerkschaft.



Für ihr 70-jähriges GÖD-Jubiläum wurde Marianne Kellermeier bereits im Vorfeld der Veranstaltung von Mag.^a Silke Schwarzl und Eduard Tschernko persönlich geehrt.

Ehrung GÖD-BEZIRKSGRUPPE FELDBACH WÜRDIGT LANGJÄHRIGE MITGLIEDER

Im festlichen Saal des Gasthauses Kleinmeier fand am Abend des 9. Julis die feierliche Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare der GÖD-Bezirksgruppe Feldbach statt. Zahlreiche Mitglieder und Ehrengäste waren gekommen, um gemeinsam ein sichtbares Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung zu setzen. Im Mittelpunkt des Abends standen jene Mitglieder, die der Gewerkschaft seit 25, 40, 50, 60 oder sogar 70 Jahren die Treue halten. Vorsitzende der

GÖD-Bezirksgruppe Feldbach Mag.^a Silke Schwarzl bedankte sich für deren Treue: „Unsere Jubilare sind das Fundament unserer Organisation. Ihre jahrzehntelange Unterstützung verdient nicht nur Respekt, sondern auch tief empfundene Dankbarkeit.“ Die Ehrungen wurden von Mag.^a Schwarzl gemeinsam mit Eduard Tschernko, Landes-Vorsitzenden-Stellvertreter, sowie Karl Heinz Platzer, dem Vertreter des ÖGB Südoststeiermark, vorgenommen.

BEV ES IST NICHT ALLES GOLD, WAS GLÄNZT

Gerade in Zeiten von hohen Goldpreisen ist Vorsicht geboten: Die Punzierungskontrolle (PUKO) des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV) schützt Konsument:innen vor falschen Angaben bei Edelmetallen. Speziell geschulte Fachkräfte prüfen stichprobenartig Schmuck auf korrekten Feingehalt und gesetzeskonforme Kennzeichnung. So wird sichergestellt, dass Gold, Silber und Platin halten, was sie versprechen. Die PUKO hat zurzeit österreichweit 16 Mitarbeiter:innen. Sie ist seit April 2025 organisatorisch beim BEV angesiedelt. Die Kolleg:innen,



die als Kontrollorgane tätig sind, führen – unangekündigt – in ganz Österreich unter anderem in Juweliergeschäften und bei Unternehmen, die mit Edelmetallgegenständen handeln, Überprüfungen der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch. In Zusammenarbeit mit dem Zollamt Österreich unterstützen die PUKOs zudem bei Bedarf bei Betrugsbekämpfung und Zollabfertigungen mit ihrer langjährigen Erfahrung und ihrem Fachwissen.

Ing. Mag. Alexander Eger und Sarah Lichtblau im Edelmetallkontrolllabor in der Arltgasse.



Wertschätzung

**Wir alle wollen geschätzt und geachtet sein –
als Person, aber auch für das, was wir tun.
Wertvolles muss allen etwas wert sein.**

Von HELMUT MOOSLECHNER

In dieser Ausgabe stehen die Universitäten im Mittelpunkt.

Aber diesmal sind es nicht die Professorinnen und Professoren oder berühmte, oft weltberühmte Persönlichkeiten und deren bahnbrechende Ideen und Thesen, sondern die vielen „Helferleins“, die das Gesamtwerk erst ermöglichen.

Wie in so vielen Bereichen unseres Zusammenlebens wird auch hier (wieder einmal) das Miteinander deutlich:

Wir alle brauchen einander, kein Mensch ist und lebt für sich alleine, spätestens dann, wenn man hilflos – im wahrsten Sinne des Wortes – am Boden liegt.

Jetzt wird so manche Leserin, so mancher Leser, dies als öde Binsenweisheit bewerten. Ja, mag sein.

Ein Blick in die Realität dürfte aber trotzdem so manches Auge öffnen:

Abfällige Bemerkungen über die Arbeit anderer;

Geringschätzung des Gegenübers – mal verdeckt – mal offen;

maßlos gesteigerte Selbstüberbewertung, ja Arroganz;

schlichtes Unverständnis;

entwürdigende Gleichgültigkeit.

Kennen Sie das auch?

Ich meine damit gar nicht die hohe oder weniger hohe Politik, wo solches Verhalten in der Praxis zwar auszuschließen ist, manchmal jedoch nicht denkunmöglich erscheint, sondern den Alltag bei der Arbeit, egal wo. Bei uns im Öffentlichen Dienst kommt aber noch eine Kleinigkeit dazu:

Wir stehen immer im Mittelpunkt der Öffentlichkeit, zumeist mit Kritik.

Wir kosten zu viel, sind sowieso viel zu viele und unsere Arbeit ist bestenfalls selbstverständlich und (kaum) geschätzt.

Ständig heißt es: Einsparung, Verwaltungsabbau, Personalreduktion.

Gleichzeitig wird mehr an Sicherheit verlangt, eine spürbare Verbesserung des Gesundheitswesens gefordert, dazu sollen alle Verfahren schneller erledigt werden und im Bildungsbereich nur die besten Köpfe tätig sein!

Wir als GÖD kämpfen für die Anerkennung unserer so wichtigen Arbeit, wir leben die gegenseitige Hilfestellung und Solidarität.

Wir wollen Wertschätzung und Anerkennung, auch von der Öffentlichkeit, besonders vom Dienstgeber.

Eigentlich sollte diese selbstverständlich sein, meine ich.



GÖD-Mitglieder werben Mitglieder

**WERBEN SIE EIN NEUES GÖD-MITGLIED
UND GEWINNEN SIE WERTVOLLE PREISE WIE DIESE:**

Einen Gutschein von MONALISA Braut- und Abendmoden im Wert von 200 Euro
oder zwei Bio-Badetuch-Sets von LeStoff im Wert von je 100 Euro



MONALISA BRAUT- UND ABENDMODEN

MONALISA Braut- und Abendmoden auf dem Mariahilfer Gürtel 28 in 1060 Wien zählt zu den größten und führenden Ausstattern für Braut- und Abendmoden in Österreich. Das Unternehmen ist für seine breite Auswahl an unterschiedlichen Geschmacks- und Kleidungsstilen landesweit bekannt.

Das Serviceangebot reicht vom geschulten und erfahrenen Beratungsteam über die Änderungsschneiderei bis hin zum Reinigungsservice für bei MONALISA erworbene Braut- und Abendkleider. Auch Herren finden für festliche Anlässe eine große Auswahl an klassischer und moderner Bekleidung.

monalisa-brautmoden.at



LESTOFF – BIO-BADETÜCHER & MEHR

Das Wiener Label LeStoff steht für Vielseitigkeit und Natürlichkeit.

Die leichten, stylischen Hamamtücher, Bademäntel und Ponchos aus 100 Prozent Bio-Baumwolle sind ebenso saugstark wie herkömmliche Frottee produkte, trocknen aber deutlich schneller. Sie sind platzsparend, angenehm weich auf der Haut und die perfekte Alternative zu schwerem Frottee oder synthetischer Mikrofaser.

Jedes der beiden Bio-Badetuch-Sets enthält ein großzügiges XXL-Liegetuch, ein großes Hamamtuch und ein LePetitStoff-Handtuch – alle in der eleganten Farbe Olive.

lestoff.eu